# er Certil-Arbeiter Vereinzelt seid Ihr Nichts. vereinigt Alles!

# Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Viertelfahr 4,50 Mt., wozu noch bas Porto cder bei Bezug burch bie Poft bas Beftellgeld bingutommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 6111

Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Juserate pro Zgespaltene Petitzeile 2 Mt., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inferaten-, Abonnements- und Verbandsgelber find an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 6111, zu richten.

## Auflage: 116000 Exemplare

#### Inhalt:

Das Reichsbersicherungsamt im Jahre 1907 (II.) — Produktionseinschränkungen in großer gahl. — Sechster Kongreß ber Gewertsschaften Deutschlands (Schluß). — Aus der Bewegung in der Textilinduftrie. — Aus ber Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. Volkswirtschaft. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreifen. — Aus Handel und Industrie. — Technisches. — Bermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literartur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenkiste. — Streitsalltasel. — Bersammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschan.

## Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1907.

II.

Neber den Stand der Invalidenversicherung am Schlusse des Jahres 1907 teilt der Bericht mit, daß die Zahl der seit Bestehen der Berscherung angelausenen Rentenansprüche 2053 942 beträgt. Davon kommen auf Invalidenventen 1516 021, auf Krankenrenten 78 527 und auf Altersrenten 459 394. Am Ansfang des Jahres 1908 liesen noch 841 992 Invalidenventen, 20 081 Krankenrenten und 116 887 Altersrenten. — Die Zahl der Alterssrenten berringert sich mit jedem Jahr mehr; die in den ersten Indhen nach Inkrastireten der Versicherung in den Genuß einer Rente Gelangten sterben so allmährlich ausgrafte Zahl der neus zusommenden Altersrentner ist verhältnismäßig gering; der zukommenden Altersrentner ist verhältnismäßig gering; der Kellskapitalismus sorgt ja bekanntlich dassür, daß die Arbeiter kein zu hohes Alter erreichen. Aber auch die Zahl der Invalidenrenten hat sich in den letzten Jahren erheblich bermindert; auf die Ursachen werden wir später zurücksommen.

Beitragserstattungen sind bis zum Schlusse des Berichtsjahres 2 031 069 auerkannt worden, davon kommen 1 662 544 auf Fälle der Berheiratung, 4891 auf Unfälle und 363 634 auf Todesfälle.

Die Entschädigungen aus der Indalidenversicherung im Jahre 1907 sind einschließlich des Neichszuschusses auf rund 172 Millionen Warf zu schäßen. Im Jahre 1906 kamen 166 039 147 Mk. zur Auszahlung, die sich verteilen mit

120 987 512 Wf. auf Invalidenrenten, 3 630 278 Wf. auf Arankenrenten, 18 354 811 Wf. auf Altersrenten, 8 436 366 Mt. auf Beitragserstattungen,
13 468 263 Mt. auf Geilversahren,
407 754 Mt. auf Invalidenhauspflege,
und 754 163 Mt. auf außerordentliche Leistungen.

Die Einnahmen der Versicherungsträger aus Beiträgen für das Jahr 1907 werden auf etwa 178 Millionen Mark geschätzt; das Ver-mögen der Versicherungsträger betrug am Schlusse bes Berichtsjahres 1398 Millionen Mark.

Ueber die Angelegenheiten der Versicherungsträger hatte das Reichsversicherungsamt bielfach zu entscheiden. Bemerkenswert ist eine Entscheidung des Amts, nach der bei Errichtung von Bauten auf eigenen Erundstücken als Arbeitgeber der Bauarbeiter im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes der Bauunternehmer angefehen wird, nicht aber ein dritter, welcher dem wenig tapital-träftigen Bauunternehmer die Baugelder gewährt hat; eine Saftung der im § 29 des Bauunfallbersicherungsgesetzes enthaltenen Bestimmung über Haftung des Bauherrn wurde auf dem Gebiete der Invalidenbersicherung für unzulässig erachtet.

Anfragen über Angelegenheiten der Versicherung sinden bom Reichsbersicherungsamt keine Beantwortung. Das müssen sich die Arbeiter ein für allemal merken. Zur Auskunftserteilung sind die unteren Verwaltungsbehörden berpflichtet, und gibt das Amt die Anfragen meist an diese Behörde ab. Der wertvollste Bestandteil der Invallenbersicherung ist die Krankenfürsorge durch Einleitung des Feisberschaften Während die Kentan nie wehr als einer Luck ber Invalidenversicherung ist die Kransensursorge durch Eineuung des Heilbersahrens. Während die Kransensursorge durch Einen Aufchuf zur Lebenshaltung darstellen und in Ermangelung sonstigen Einkommens kaum die Armenpflege überflüssig machen, bedeutet das Heilbersahren für die Jugelassenen eine erhebliche Fürsorge für die Gesundheit, nicht selten deren völlige Wiederherstellung. Es ist daher erfreulich, daß seine Anwendung mehr und mehr zuninnnt. Nach dem Bericht des Keichsbersicherungsantis sind die um Schlusse des Jahres 1906 insgesamt 356 834 Personen mit einem Kostenaussand von 87 361 371 Wk. dem Geilbersahren zusersührt morden. Vielfach sind die Versicherungsantsalten noch nicht geführt worden. Bielfach sind die Versicherungsanstalten noch nicht böllig überzeugt von dem Wert, der in einem möglichst ausgedehnten Heilverfahren liegt, doch bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß das Heilverfahren der Wohlfahrt der Versicherten dient, andererseits aber auch der Vermögenslage der Versicherungsanstalten förderlich ift.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts in Invalidenversicherungssachen steht natürlich in ziemlich gleicher Söhe wie bei den Unfallsachen. Die Zweifelhaftigkeit der Erfüllung der Rechts-ansprüche, die lange Dauer des Versahrens und die Mängel des Rechtsweges treten hier wie bort zutage.

Die Streitsragen bes Revisionsberfahrens im Berichtsjahr waren in erster Linie, ob bereits Erwertsunfähigteit eingetreten ober wieder behoben war (in 40,52 **Redicht** Fällen), demnächst häusig war die Ersüllung der Wartezeit streitig (in 15,88 Prozent Fällen). Weiter war zu prüsen das Erlöschen der Ammartschaft häufig war die Erfüllung der Wartezeit ftreitig (in 15,88 Prozent die Invalidität.
Hällen). Weiter war zu prüsen das Erlöschen der Anwartschaft (in 6,41 Prozent Fällen), ferner die Frage, ob dem Versahren gewahrt bleibt, als ob Deutschland in der Sozialpolitit voran sei. ist die Situation jedoch im Seidengewerbe. Hier die Strate institute verliebe tugen.
In den Nammgarn spanken sammgarn sammung vertiebe tugen.
In den Nammgarn spanken spanken sie den Versahren seinschen seinsche seinschen seinschen seinschen seinschen seinschen seinschen seinschen seinschen seinschen seinsche seinschen seinschen seinsche seiner seinsche seinsche seinsche seinsche seinsche seinsche seiner sein se

wesentliche Mängel zugrunde lagen (in 12,7 Prozent Fällen), sowie ob eine Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist (in 12,86 Pro-

lleber die Statistik der Rechtsprechung ist folgendes zu sagen. Die Zahl der im Jahre 1907 von den Bersicherungsanstalten und Kasseninichtungen erteilten Bescheide betrug 381 123 gegen 378 978 im Borjahre. Hierdon entfallen 199 265 Bescheide auf Beis tragserstattungssachen, gegen die eine Berufung nicht möglich ist.

Von den 181 858 berufungsfähigen Bescheiden betrafen 93,1 bom Hundert Invalidenrenten- und 6,9 vom Hundert Altersrenten-

Berufungen in Invalidens und Altersrentensachen wurden an-hängig gemacht 25 923 (Vorjahr 26 402). Sier betrafen 97,9 Prozent Invalidenrenten, 2,1 Prozent Altersrentensachen. Auf je 100 besufungsfähige Bescheide entsielen 14,8 Prozent Berufungen. Die Zahl der Redissonen ist entgegen der im Jahre 1901 begonnenen bis 1906 dauernden Steigerung im Berichtsjahr zurückgegangen, sie betrug 5555 gegen 6290 im Vorjahre. Von den Versicherten burden 88,51 Prozent, von den Versicherungsanstalten 11,49 Prozent Redissionen eingereicht.

sionen eingereicht.

Bu bearbeiten waren mit den vom Vorjahre unerledigten 8989 Acvisionen. Davon entfallen 7943 auf die Versicherten. Auf Invalidenrentensachen entfallen überhaupt 8849 Sachen, davon 7810 von den Versicherten, auf Altersrenten kamen 140 Sachen, davon 133 von den Versicherten. Von den Revisionen wurden ersledigt überhaupt 6323, und zwar durch Urteil 5799, durch Zurücknahme 257, wegen verspäteter Einlegung durch Veschluß 267. Lestere entfallen ausschließlich auf Versicherte, die selbstredend in der Praxis und Handhabung der Gesehen nicht so bewandert sind wie die Versicherungsanstaten.

Nachstehende Gegennüberstellung zeigt das Ergebnis der durch

Nachstehende Gegenüberstellung zeigt das Ergebnis der durch Urteil erledigten 5799 Rebisionen.

Es wurden entschieden

bon ben Rebisionen ber Verficherten ber Verficherungsanstalten 1teberhaupt . . . . 5076 = 87,5 % Durch Betätigung des angesochtenen Urteils . 4308 = 84,8 % 5076 = 87,5 % $723 = 12,5 \, \frac{0}{0}$  $240 = 33,2^{\circ}/_{0}$ Durch völlige oder teil= weise Abanderung des= felben . 49 = 0.9 %124 = 17,1%pelben Durch Zurückweisung an bas Schiedsgericht ober ben Vorstand 719 = 14,1%359 = 49.6 %

Man fieht, die Versicherten hatten nicht viel Glück mit ihren Revisionen. In nur 49 (noch nicht einmal 1 Prozent) Fällen wurde der Entscheid des Schiedsgerichtes umgestoßen, in 4308 Fällen wurden die armen Teufel abgewiesen, in 719 Fällen mußten sie sich wurden die armen Teufel abgewiesen, in 719 Fällen mußten sie sich neuen Geduldsproben und Scherereien unterziehen, um zum Schluß doch abgewiesen zu werden. Der geringe Erfolg der Versicherten erklärt sich zum Teil aus der Art der gesetzlichen Bestimmungen; die Revision kann sich nur darauf stützen, daß entweder das Versfahren an wesentlichen Mängeln leidet oder daß die angesochtene Entschein auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts beruht. Unter diesen Umständen hält es schwer, durchschlagende Revisionsgründe zu sinden. Bedeutend wertvoller würde es sein, wenn, wie in Unsalsachen, das Rekursversahren bestände, damit ebentuell neues Beweismaterial beigebracht werden kann. Die Ermittelung der Ursachen für die Zunahme der Bewilligung von Invalidenrenten liegt dem Reichs-Zunahme der Bewilligung von Invalidenrenten liegt dem Reichsversicherungsamt sehr am Herzen. Früher war das anders. Roch im Jahre 1893 wurde bei den Berhandlungen des Reichstages über den Etat des Reichsamts des Innern von dem damaligen Staatsminister von Bötticher ausgeführt, daß die Anträge auf Bewilligung von Invalidenrenten sehr erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, die dei der Beratung des Invalidenz und Alterspericherungsgeseiges geheat wurden. Damals wurden die beteiligten eat murben Behörden angewiesen, überall die Versicherten über die Vohltaten bes Gesebes aufzuklären. Später brachte die Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes einige Erleichterungen in den Vorsichristen über den Eintritt der Invalidiät. Der zunehmende fapitalistische Raubbau tat sein auf Teil bei, daß die Invalidensrenten, namentlich von 1899 bis 1903, bedeutend zunahmen. Im Reichsversicherungsamt entbeckte man aber, daß in dem Zugang der Invalidenrenten etwas los sein müsse. Die Wathematiser des Reichsrechnungsbureaus berechneten mit unsehlbarer Sicherheit für die einzelnen Versicherungsanstalten in den kommenden Jahren große Defizits. Wan ging also ans Werk, "erforsche" die Ber-hältnisse und brachte es in kurzer Zeit fertig, die Bewilligung von Invalidenrenten in ganz unglaublicher Weise herabzudrücken. Seit dem Fahre 1901 läßt das Keichsversicherungsamt die Be-

zirke der Versicherungsanstalten surch Kommissionen bereisen, um zu berhindern, daß solchen Versonen Kenten zugesprochen werden, die den gesetlichen Boraussehungen nicht genügen. Die Bereisungen der Bezirke haben bald und auch im Berichtsjahre wieder gute Früchte getragen. Diesmal wurden namentlich Westfalen und Vosen heimgesucht. Das Ergebnis der Wahrnehmungen entsprach selbstredend denen früherer Jahre. "In zahlreichen Fällen mußten Ventenbewilligungen beanstandet werden wegen nicht genügender Aufstärung der tatsächlichen, namentlich wirtschaftlichen Verhältnisse ober wegen unzutreffender ärztlicher Begutachtung, insbesondere wegen Ueberschätzung des Ginflusses der Alterserscheinungen, Verwischung der Grenzen zwischen Berufsinbalidität und reichsgeschlicher Erwerdsunfähigkeit", schreibt das Amt in seinem Bericht. Für uns liegt es klar, weshalb grade in Lister Zeit diese übereifrige Arbeit geleistet wird. Die berantwortlichen Stellen wissen, welche Birkung ihre wirtschaftspolitischen Rahnahmen zeitigen. Die Aussaugung der großen Massen des Volkes fördert selbstredend

Gibt es eine schärfere Verurteilung unserer bestehenden inneren Zustände, als die Aatsache, daß schon künstlich vorgebeugt werden muß, damit sich nicht, wie Posadowskh so schön sagte, eine "Nederspannung des Versicherungsprinzips" bemerkdar macht. Sine sozialpolitische Erostat ist aber das künstliche Serunterschrauben der Zahl der Kentenempfänger sicher nicht. Wenn die Zahl der Invaliden kärker zunimmt, als vorausgesehen wurde, sieht doch nichts im Wege, die Wittel zur Unterstützung dieser Opfer unserer Wirtschaftsordnung andersvie auszubringen. Wenn von den Williarden, die für "Williarismus", "Warinismus" und "Wüstensand" ausgeworsen werden, ein Teil zu diesem Zwede verwendet würde, dann hätte Deutschland das Recht, sich mit seiner Sozialpolitif zu rühmen, so aber nicht. Der Bericht des Reichsversicherungsamts lehrt die Arbeiter, den Vorgängen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ihre volle Ausmerksankeit zu widmen. Von ihrem Vorgehen hängt die Ausgestaltung der Versicherungsgesetzung ab, und nur ihre Arbeit kann die deutsche Arbeitersbesticherung auf die Höhe beringen, daß sie ihren Nannen mit Recht bersicherung auf die Sohe bringen, daß sie ihren Namen mit Recht

## Produktionseinschränkungen in großer Zahl.

Während sich die Handelspresse bemüht, durch möglichst opti-mistisch gehaltene Situationsberichte die allgemeine Banik, die auf dem Absahnarkt der deutschen Textisindustrie ausgebrochen ist, zum Stillstand zu bringen, kauchen immer mehr neue Erschei-nungen auf, welche keinen Zweisel bestehen lassen, daß wir noch lange nicht aus der wirtschaftlichen Depression heraus sind. Die ungünstige Situation berichärft sich vielmehr von Woche zu Woche. Und wenn auch in den letzten Wochen an vielen Stellen des Absahren warktes unserer Industrie eine etwas regere Nachtrage und Repe marktes unserer Industrie eine ctwas regere Nachfrage nach Produtten gewesen sein mag, so zeigen uns doch auf der anderen Seite die zahlreichen Produktionsein soch uktionsein schränkungen, daß diese vermehrte Nachfrage immer noch nicht zu neuen Aufträgen an die Fabrikanten Veranlassung gegeben hat. Die Neber-produktion ist demnach also ganz en orm. Und nicht nur eine Nranke sowdern alle Nranken sied deren keistlich. Die Nranke sowdern alle Nranken sied deren bestillte. Branche, sondern alle Branchen sind daran beteiligt. Die Flach &= spinnereien haben, wie wir bereits melbeten, zugleich mit den gleichen Spinnereien in Desterreich und Belgien die Einschränfung der Produktion vollzogen, während bei den Baum-wollspinnereien eine über die Reichsgrenze hinausgehende, auf gemeinsamer Bereinbarung beruhende Einschränkung der Pro-

auf gemeinsamer Bereinbarung beruhende Einschränkung der Produktion nicht zustande kam.

Aber innerhalb des Deutschen Reiches ist man in der Baumwollindustrie in den letzten Wochen zu einer, weite Gebiete einbeziehenden Produktionseinschränkung geschrikten. Den Anfang machte der "Verdand Südde ut faher Baum wollindustion in einer Situng in Stuttgart, daß in Spinnerei und Weberei sür die Wonate Juli, August, September und Oktober 1908: 1. diesenigen Betriebe, welche eine tägliche 11stündige Arbeitszeit haben, von 65 Wochenstunden auf 55 Wochenstunden; 2. diesenigen Betriebe, welche eine tägliche Arbeitszeit haben, von 59 Wochenstunden auf 52 Wochenstunden zurücksehen und die Ausführung dieses Beschlusses durch eine dem Verein nicht angehörende Perssönlichkeit kontrolliert werde.

Im ganzen Süden Deutschlands, in Bahern, Baben und

Im ganzen Süden Deutschlands, in Bahern, Baben und Württemberg, ist nun, wie uns zahlreiche Zuschriften bestätigen, die Produktion um 14 Proz. eingeschränkt worden. Dies geschicht teils dadurch, daß, wie in Württemberg, die Betriebe Sonnabends geschlossen bleiben; teils dadurch, daß man die tägliche Arbeitszeit um 1 bis 1½ Stunden berkürzt und den Sonnabendnachmittag freigibt. Da diese Produktionseinschränkung ja auch nach dem dem Leidigen Warten auf Waterial begleitet wied fo noch bon dem leidigen Warten auf Material begleitet wird, fo erleiden die Arbeiter eine ganz erhebliche Lohn= einbuße, für welche so gut wie keine Entschädigung gezahlt wird. Wir gehen sicher nicht zu weit, wenn wir sagen, daß es keinem der Unternehmer, welche diese die Interessen der Arbeiter schwer schädigende Maßregel verhängt haben, einfallen wird, den unfreiswillig seiernden Arbeitern eine Entschädigung zu zahlen. Neber eine solche Selbstwerständlichkeit sin ja diese Leute in ihrem absolute ististischen Arrendigiet sind ja diese Leute in ihrem absolute ististischen Arrendigiet sind zu fahr arbeiten. tistischen Herrendunkel viel zu sehr erhaben. Was kümmert es sie, die in den letzten Jahren Riesenvermögen vom Ertrage der Arbeit in ihren Sac gesteckt haben, die durch die Aroduktionseinschränkung erzeugte außerordenkliche Notlage der Arbeiter! Die Arbeiter follen ja mit ihnen Hand in Hand arbeiten, d. h. mit ihnen Hand in Hand arbeiten zum Zwecke einer rücksichtsloseren Ausbeutung der Arbeitskraft. Und da versteht es sich schon von selbst, daß man die Arbeiter heute in vermehrtem Wahstabe hungern läßt, während die Herrschaften mit ihren Familien die Bäder und Sommerfrischen auf suchen. Aber nicht nur in der Baumwollindustrie Süddeutschlands ist

die Produktionseinschränkung in größerem Umfange zur Durch-führung gelangt, sondern auch in anderen Teilen des Meiches ist juhrung gelangt, sondern auch in anderen Leilen des Keiches ist ihre Durchführung angeordnet oder in sichere Aussicht gestellt. Die rhe in is ch. eweste fälischen Spinnereien sollen unch für 20 Wochen Aufträge zu erledigen haben. Man spricht aber auch davon, daß ir ohde m von August an eine Einschränkung der Produktion eintreten soll. In den Webereien ist dies ja schon lange der Fall. Auch die elsässische Auswurdschliebenereien follen, um einem weiteren Sinken der Baumwollgarnpreise der Jubeugen, in Aussicht genommen haben, die Produktion einzusichränken; ein definitiver Beschluß liegt jedoch hier noch nicht der Dagegen ist in allen Borg horster Webereien sowie in der Borg horster Webereien zunächsten, zunächst bis zum 1. August, eine Betriebseinschränkung eingeführt in der Weise, daß an den Montagen sämtliche Betriebe ruhen.

"Berband der deutschen Samt- und Seidenwaren-Großhändler", welcher bei dem "Berband der Seiden-ftoffabrikanten Deutschlands" den Antrag gestellt hat, bei seinen Mitgliedern eine allgemeine Produktionseinschränkung zu veranlassen. Im Falle der Zustimmung würde sich die Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwarengrossisten verpflichten, nur von denjenigen Fabrikanten der Schweiz, Desterreichs und Italiens zu beziehen, welche ihre Produktion in gleicher Weise regeln und sich einer Kontrolle unterwerfen. In dem diesbezüglichen Antragschreiben wird darauf hingewiesen, daß die Seiden-warenproduktion bei den gunftigen Berhältnissen in den letzten Jahren um vielleicht ein Fünftel gestiegen sei, während die Ausfuhr der europäischen Seidenwarensabrikanten in derselben Zeit wefentlich zurückgegangen sei. Selbst bei eintretender günstiger Mode für Seidenstoffe und ohne Spekulation auf dem Rohseidenmarkt würde die Aufnahmefähigkeit des europäischen Verbrauches nicht genügen, um bei der jetigen ftarten Produttion eine gefunde Geschäftslage zu schaffen. Wie dazu weiter gemeldet wird, hat sich der Vorstand des Verbandes der Seidenstoffabrikanten zugunsten des erwähnten Antrages ausgesprochen und empfiehlt den sämtlichen Verbandsmitgliedern, die Produktion nach Möglichkeit einzu-

Mus Rrefelder Fabritantentreifen heraus wird jedoch mitgeteilt, daß es nicht so einsach sei, einen Betrieb ohne weiteres zu einem Teile stillzulegen, denn die Webstühle mit ihrem seinen und komplizierten Mechanismus leiden durch langes Stillstehen, und außerdem ist gerade die Seidenweberei auf gesich ultes Arbeitsmaterial augewiesen. Weit mehr als irgendsonst ein Zweig der Textilbranche, muß ein Seidenweber auf die Herstellung der Ware, ja sogar auf die Herstellung eines einzelnen Gewebes eingearbeitet sein. Wenn es nun nach einiger Zeit wirklich gekingt, wieder Arbeit zu erlangen, so sind es in den wenigsten Fällen geübte Leute, und manches verunglückte Stück, das mit Berluft abgesetzt wird, muß vorerst mit in den Rauf genommen werden.

Wie die borstehenden Ausführungen zeigen, tritt nun das Chaos, welches die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Planlofigfeit erzeugt hat, in geradezu erschreckender Beise zutage. wird es gut fein, mehr wie bisher die Arbeiter davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, eine grundstürzende Aenderung dieser Produktionsweise eintreten zu lassen.

## Sechster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Schluß.)

4. Berhandlungstag.

Die Debatte über bie Grengftreitigkeiten ift eröffnet. Gingelaufen ist ein genügend unterstützter An-Trag Zillmann-Hamburg (Gastwirtsgehülsen) zur Reso-lution P. 14:

"Un Stelle ber letten zwei Sabe bes Abfates 3 zu feten: Arbeiter, die bauernd in zwei Berufen tätig find, burfen im Rebenberuf nur bann organifiert werden, wenn fie ber Organisation ihres Hauptberufes angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Rebenberuf, soweit die Arten und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschluffen der in Frage kommenden Organisationen

zu fügen." Götte = Wilhelmshaven (Schneider) begründet den Antrag

Schlegel = Breslau (Metallarbeiter) begründet den Antrag

Bauer - Berlin (Bureauangestellter): Wir brauchen eine In-ftang, bie binbenbe Entscheibungen fällt, baber follten wir auch hier, wie sonst fast überall, zur Einrichtung eines Schiedsgerichts greifen.

Knoll-Berlin (Steinscher) begründet seinen Antrag. Tröger-Berlin (Brauereiarbeiter) begründet seine Reso-

Josephson - Hamburg (Handlungsgehilfe) begründet den

Antrag P. 8.

3 i I I m ann - Hamburg (Gastwirtsgehilse) begründet seinen Antrag: An den Grenzstreitigkeiten wird durch Beschlüsse wenig geändert. Wir sind kaum daran beteiligt. Weistens danken sie ihre Entstehung dem Uebereifer von Gauleitern und Agitatoren. Für die Doppelorganisation treten wir nicht grundsätlich ein, nach Lage der Sache ist sie aber für die Kontrolle unentbehrlich, diese ist einfach gar nicht anders möglich. Es handelt sich um eine fühlbare Konfurrenz, die den gelernten Kellnern gemacht wird und die ftrenge Beachtung verdient. Das ist aber von den anderen Berufsorganisationen nicht burchzuführen. Nehmen Gie daher meinen Antrag an.

Behrendt- Hamburg (Bauarbeiter): Wir meinen, daß die umgearbeitete Resolution der Vorständekonferenz von 1906 annehm-bar ist. Sie muß erst allen in Fleisch und Blut übergegangen sein, dann übt sie auch die beabsichtigte Wirkung aus.

Pöhfch-Berlin (Castwirtsgehilse): Auf den ersten Blick er-int die Doppelorganisation als eine Rigorosität, sie liegt aber ächlich im Interesse aller Beteiligten. So hat in Solingen der tellvorsitzende den Wesserreidern borgeworsen, sie seien Lohn-schultzeine den Wesserreidern bergeworsen, sie seien Lohn-schultzeine den Wesserreidern bergeworsen, sie seien Lohn-schultzeine den Wesserreidern bergeworsen der den Wesserreidern bergeworsen der den Wesserreidern der den der der den der der den der d scheint die Doppelorganisation als eine Nigorosität, sie liegt aber tatsächlich im Interesse aller Beteiligten. So hat in Solingen der Kartellvorsitsende den Messerreidern vorgeworsen, sie seien Lohnsbrücker, weil sie Sonntags als Kellner arbeiten und deshalb im Hauptberuf nicht so darauf sähen. Umgekehrt spielen die Leute aber auch bei uns Lohndrücker, weil sie ja in der Woche noch vers dienen. Eine Kontrolle muß da deshalb sein und ist nur in der Weise möglich, wie wir wollen. Wir beharren nicht auf der früheren Fassung, mussen dafür aber dringend bitten, unseren Untrag anzunehmen.

Döllinger-Hamburg (Brauereiarbeiter): In der jetzigen Fassung ist für uns die Resolution der Redaktionskommission unsannehmbar. Absat 4 liegt nicht im Interesse der beteiligten Ars beiter. In den großen Betrieben berschwindet der einzelne böllig, die große Masse bertritt seine Interessen am besten mit. Wir legen schließlich kein großes Gewicht auf ein paar Mitglieder. Diese sind aber schließlich die Benachteiligten.

Wittich-Frankfurt (Brauereiarbeiter): Wegen einer Handvoll Organisationen darf das große Ganze nicht leiden, deshalb muß die Doppelorganisation sallen. Die bisherige Resolution war nicht klar, jeder legte sie sich zu seinen Gunsten aus. Es handelt sich hier um eine Zwedmäßigkeitsfrage.

Winkelmann = Bremen (Böttcher): Troger und Genoffen berlangen nicht, daß Industrieverbande, sondern daß Betriebsverbände geschaffen werden. Deshalb können wir ihnen nicht folgen. Sie wollen unterschiedslos alles haben, was in Brauereien tätig Dabei trifft es nicht zu, daß sie für die Nebenberuse etwas berausholen.

Nachdem noch Bürger-Hamburg (Gemeindearbeiter) und Schumann-Berlin (Transportarbeiter) gesprochen haben, ist ein Antrag Cohen-Berlin eingelausen, den Antrag P. 15 der nächsten Konferenz der Zentralborstände zur Erledigung zu überweisen. Der Antrag wird gemügend unterstüßt.

Scheffel = Berlin (Maschinist): Die Resolution der Redaktions. kommission empfehle ich zur Annahme, weil sie das Richtige trifft. Es ist ganz zutreffen gesagt worden, daß durch Kongresbeschlusse und Resolutionen alle Grenzstreitigkeiten nicht beseitigt werden kind viesolutionen alle Grenzstreitigteiten nicht beseitigt werden können. Aber diese Grenzstreitigkeiten können wesenklich eingeschränkt werden. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen ist die Resolution uns deshalb spmpathisch, weil sie ausdrückt, daß in Aufunft die betressenden Organisationen gemeinschaftlich handeln sollen, damit Dissernapunkte verschwinden. Wird eine Verständigen von Auskausch einen Verschwinden. gung bor Ausbruch einer Lohnbewegung erzielt, so wird manches beffer werden.

Lange- Samburg (Schmieb): Ginfacher hatte man fagen können: Angehörige eines Berufes gehören einer Organisation an, benn innerhalb besselben Berufes bestehen keine Grenzstreitigkeiten. Die Metallarbeiter sollten sich nicht beeinflussen lassen, dann würden biele Grenzstreitigkeiten berschwinden. Redner streift den Uebertritt der Schmiede Hamburgs zum Metallarbeiterverbande. Es müssen feste Normen geschaffen werden, damit unliebsame Dinge berschwinden. Wo der gute Wille vorhanden ist, läßt sich auch leicht ein Weg finden, der zur Berftändigung führt.

Schneiber - Sannober (Fabrifarbeiter): Wir geben uns nicht ber Soffnung hin, daß durch Resolutionen viel gebessert wird. Zwischen Zentralborständen lassen sich wohl Vereinbarungen treffen, aber dadurch wird man den Gifer in den einzelnen Orten, in andere Agitationsgebiete einzugreifen, nicht eindämmen. Uebergriffe werden nicht nur von unseren Leuten begangen, sondern werden auch sehr viel von anderen Organisationsangehörigen begangen. Mir sind Birkulare, gedruckte Aufsorderungen usw. zum kebertritt in andere Verbände bekannt. So sordert man auf einer Karte Mitglieder anderer Verbände zur Zahlung von Extra-beiträgen auf. Wir müssen bemüht sein, der Kesolution Rechnung zu tragen, und manches wird bester werden. Man darf auch nicht in allen Dingen schlechte Woitve wittern. Das Prinzip der Solidarität aller Arbeiter darf unter keinen Umftänden verlett werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Bömelburg brückt ben Wunsch aus, daß, um die Debatte abzukurzen, die Redner aufs Wort verzichten möchten, deren Organisation schon Redner gestellt haben.

Benber - Elberfeld (Transportarbeiter): Richtiger wäre es gewesen, wenn das Thema lautete: "Welche Organisationssorm ist die beste?" Es ist behauptet worden, die Betriebsorganisation sei die beste Organisationssorm. Wir haben 3. B. Versandhäuser mit eigenen Drudereien. Die Arbeiter dieser Trudereien müßten dann also der Betriebsorganisation angehören. Wohin würde das

führen? Röste-Hamburg (Bauarbeiter): Als der Kongreß die Kom-mission wählte, war er der Meinung, daß es gelingen werde, etwas zu schaffen, was geeignet wäre, die Grenzstreitigkeiten zu beseitigen. Aber das war ein schoner Bunsch. Innerhalb der Kommission sind die Meinungen aufeinander geplatt. Man glaubte in der Komsmission allen Wünschen Rechnung getragen, der Entwickelung zu Industrieverbänden die Wege geebnet zu haben. Es ist gar nicht möglich, daß, wie z. B. in Gemeindes usw. Betrieben, alle Arbeiter in einen Topf geworfen werden können. Dann mußten die Gart-ner, Steinarbeiter usm. dem Gemeindearbeiterverbande angehören. Der Antrag Knoll trifft das Richtige. Der Absat 2 der Resolution

Raith = Munchen (Holzarbeiter): Bir Holzarbeiter find ber Meinung, daß wir uns mit der Frage der Grenzstreitigkeiten nicht zu beschäftigen brauchten, wenn alle Berbande den Beichlüssen der Konferenz nachgekommen wären. Etwa 3000 Holzarbeiter gehören anderen Berbanden an, 2500 allein dem Fabrifarbeiterverbande. Die Grenzstreitigkeiten haben sogar schon ein Gericht beschäftigt, das zu entscheiden hatte, wer Recht habe. Das ist doch ein Standal, der unter allen Umftänden vermieden werden nuß. Die Reso-lution der Kommission gibt uns die Richtschnur. Die Zentral-vorstände müssen ihren Funktionären Zügel anlegen.

Scheffler = Dresben (Metallarbeiter): Als une ber Rongreß die Grenzstreitigkeiten zur Regelung überwies, wußten wir, daß wir keine Lorbeeren ernten würden. Wo fangen die Grenzstreitigkeiten an, wo hören sie auf? Bei einigem guten Willen läßt sich ein gangbarer Weg sinden, und diesen zeigt die Resolution der Kommission. Bekunde man nun auch den guten Willen, den wir nicht beschließen tönnen.

Gin Antrag auf Schluß ber Debatte findet nunmehr An-

nahme.

Simon - Nürnberg hat das Schlußwort. Nach einer Erklärung Simons wird die Resolution zwecks Klarstellung an die Kommission zurückerwiesen.

Bur Berhandlung gelangt der aus dem Geschäftsbericht zurückgestellte Punkt

#### Gewertichaften und Genoffenichaften.

VI. Der Fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach erklärt, daß der Beschluß des Dusselborfer Genossen-schaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien ausgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzusassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anexennung seitens

ven Forderungen der Sciverischaften die Anexiennung jettens der Genossenschaften bersagt werden soll, so lange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriede aur Durchführung gelangt sind. Der Genossenschaftstag steht nach wie der auf dem Stand-punkt, daß es Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausstattung der Lohn- und Ar-beitsverhältwisse ihrer Angestellten und Arbeiter vordildlich zu

Der Zentralverband deutscher Konsumbereine ist bereit, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarise mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten An.

ven Gewerschaften und Bertisorganizationen der östettigteit Angestellten und Arbeiter in Berkandlungen zu treten.
Erweist sich der Abschlüß eines Gesamttarises für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als berfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschlüß solcher Berträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege "wenn die bezüglichen örtlichen Tarisforderungen an die Gesamschaftlicheten wirt westentlich über des hinzussehen und der der nossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumbereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden". ("..." Zusat der Genossenschaften.)

Der Gewerkschaftskongreß nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Gisenacher Genossenschaftstages des Zentralberbandes deutscher Konsumbereine und berweist die gewerkschaftlich organis ficrten Arbeiter erneut auf den Beschluß des Kölner Gemerk-ichaftskongresses (1905), nach welchem die Konsumgenossen-schaften durch Beitrett und Propagierung der genostlichaft lichen Bestrebungen aufs tatkräftigse zu unterstützen sind.

Legien gibt folgende Erklärung ab: Wir haben zu erklären, daß die Säte, welche der Genoffen-schaftstag der vereinbarten Resolution angefügt hat, für uns nicht bindend sein können. Wir werden als Gewerkschafter uns das Recht vorbehalten, unsererseits zu prüfen, ob Genoffenschaften ben Anforderungen ber Gewersschaften Genüge leisten, und be-halten uns das Recht vor, solchen Genossenschaften, die diesen Anforderungen nicht genügen, Borwürse zu machen.

Wir nehmen die Erklärung des Genossenschaftstages also zur Kenntnis und behalten uns das Recht der Nachprüfung bor. (Beifall.)

Dreher-Berlin (Transportarbeiter): Ich habe am Genoffenicafistage zu Gisenach teilgenommen. Die dort gefatte Erklärung bedeutet eine Berschärfung des Duffeldorfer Beschlusses. Auf dem Düsseller eine Setzigariung des Ausselberter Beschusses. Auf dem Düsseldorfer Genossenschaftstag hieß es: "wenn nicht weit darüber hinaus", dagegen heißt es jetzt: "nicht wesentlich über das hinausgehen". Dieser Zusat ift sehr gesährlich, weshalb wir der Erstlärung Legiens zustimmen müssen.

Josephson Santumen massen.
Josephson Santumen massen.
Josephson Samburg (Handlungsgehilfe): Die von Legien am Montag erwähnten Boraussetzungen sind nicht erfüllt worden, vielmehr hat der Referent in Eisenach gesagt: Der Düffelborser Beschluß bleibt in Kraft. Auf Grund des Kölner Beschlusses haben wir die Pflicht, für die Genossenschaften propagandistisch zu wirken,

## Fachgewerbliche Rundschau.

Die Lage ber ichlefischen Leineninbuftrie ift, nach einer Melbung des "Confectionair", noch immer als ungünstig zu bezeichnen. Das Geschäft in der Weberei lätzt viel zu wünschen zeichnen. Das Geschäft in der Weberei lätt viel zu wünschen übrig. Obwohl viele Webereien nur 4½ Tage in der Woche arje, und manche Firma infolge mangelnder Beschäftigung die Preise niedriger ansetzte, nur um ihre Webstühle zu beschäftigen. Auch die schlessische Handweberei, die mehr und mehr einschläft, ist sast ohne Beschäftigung, und gehen die Weber zum Teil jett auf Feldscheit arbeit, nur um etwas zu berdienen.

Im Vergleich zum borigen Jahre ist bas Geschäft noch fehr weit zurück, doch bleibt abzuwarten, wie die Serbstsaison verlaufen wird. Da die Grossisten, zum Teil wenigstens, ihre Bestände räumten, so muß die Bedarfsfrage doch endlich an sie herantreten und sie werden ihre Aufträge nicht länger hinhalten können.

Die Flachsfpinnerei der Rönigl. Geehandlung in Landeshut hat ebenfalls eine Betriebseinschräntung borgenommen, bergütet den Arbeitern aber dafür einen Tagelohn. Wir möchten diese Bergütung allen Unternehmern, die eine Probuttionseinschränfung borgenommen haben, bringend gur Rachahmung empfehlen.

Arbeitsmangel in Katscher (Schlef.). Aus Katscher wird uns geschrieben: Durch den Niedergang der Textilindustrie sind hier eine große Anzahl von Weber (zirka 1500 Arbeiter) beschäftigungs-Ios und wurden gern geneigt fein, dauernd in andere Berufsameige übergutreten. Es ericheint deshalb die Berangichung einer anderen Industrie nach hiesiger Stadt erwünscht.

Mheinisch-westfälische Textilberufsgenossenschaft M.-Glabbach.
31 617 Arbeiter. 337 Betriebe. 27 788 539 Mt. Löhne. In der abgehaltenen 24. Sektionsbersammlung wurde der Geschäftsbericht über das Jahr 1907 erstattet. Hiernach umfahte die Sektion im abgelaufenen Jahre 35 7 Betriebe mit 31500 Arbeitern. gegen 323 Betriebe und 30 600 Arbeitern im Jahre borher. Die riffen wurde.

Bahl ber am 1. Januar 1908 beschäftigten Arbeiter betrug 31 617 gegen 31 325 am 1. Januar 1907. Hiervon entsallen auf die einzelnen Betriebszweige der Tegtilindustrie: 7993 auf die Baumwollspinnerei, 4441 auf die Baumwollspinnerei und "Weberei, 2546 auf die Wollspinneri und -Beberei und 2461 auf die reine Bollweberei. 2220 Arbeiter waren in den Baumwollwebereien und 6204 in den Webereien auf gemischte Waren beschäftigt. Von den udrig. Odwohl viele Webereien nur 4½ Tage in der Woche arbeiten lassen, haben sich des die Lager angehäuft, was zur Folge hat, daß die Preise gedrückt werden. Das Engrosgeschäft in leinenen Artikeln kommt jeht in die Sauregurkenzeit. Sine Greschung des Geschäfts ist erst mit dem Einsehen des Haltslieferungen haben zum Teil andere Firmen erhalten als ställter und Ansertagen haben zum Teil andere Firmen erhalten als sexionen kommen 20,67 Unfälle gegen 16,50 im Vorjahre. Die früher, da die Beteiligung an den Submissionen größer war als sexionen kommen 20,67 Unfälle gegen 16,50 im Vorjahre. Die zum wande Kirma infolge mangelnder Beschäftigung die Kreise ställen seit 1. Oktober 1885 bis 31. Dezember 1907 beträgt 1152 borftand hielt im abgelaufenen Jahre 14 Stylingen ab, in denen über 388 Unfälle berhandelt wurde. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 651 gegen 505 im Jahre 1906. Auf 1000 berfügerte Versonen kommen 20,67 Unfälle gegen 16,50 im Vorjahre. Die Zahl der Kentenempfänger dauernder Kente aus sämtlichen Unfällen seit 1. Oktober 1885 bis 31. Dezember 1907 beträgt 1152, darunter 24 Witwen, 49 Kinder und 2 Aszendenten. Die Summe aller jährlichen Kentenbeträge beläuft sich auf 165 741,92 Mk. Rach Erstattung des Geschäftsberichtes wurde die Jahresrechnung für 1907 borgelegt und genehmigt.

Die Zahl der Unfälle ist auch hier ganz erheblich gestiegen und zwar um 146 Personen ober um rund 29 Proz. Das ist eine ganz enorme Steigerung, die es wohl notwendig macht, etwas næhr wie bisher auf die Sinhaltung der Arbeiterschutzvorschriften zu

Die Genoffenschaftsweberei in Gent hat fürzlich ihren Jahresbericht für das Jahr 1907 veröffentlicht. Danach ist der Umsah im Berichtsjahre von 600 000 Frank auf 800 000 Frank gestiegen; die Zahl der mechanischen Webstille wurde um 28 verwehrt und für diefes Jahr ift eine weitere Aufftellung bon 24 Stuhlen porgesehen. Ferner beabsichtigen die Genossen, der Beberei eine Baumwollspinnerei anzugliedern. — Die Genter Genossenschaftsweberei wurde im Jahre 1908 von dem Genossen Anscele, dem bekannten Vorkämpser für die Genossenschaftsidee in Belgien, gegründet. Es handelt sich hier um eine Zweiggründung der großen Genter Genossenschaft Boruit.

Ungludsfälle. In der Reuen Baumwollfpinnere in Hof i. Bah. tam beim Puben dieser Tage eine Flherin mit ihren Kopfhaaren in die Kommräber der Maschine, wodurch ihr das Haar mit der Kopfhaut abgerissen wurde.

In der Grüner Filiale der Plauener Gardinenfabrit bon Leopold Ostar Sartenstein geriet borige Boche eine Arbeiterin in die Raschinerie, wobei ihr die Saut bom Ropfe ge-

Dacheinsturg. Der größere Teil bes in Reparatur befindlichen Daches ber Mech. Buntweberei Möffingen, Bern-heim u. Sohn ift mit donnerahnlichem Getofe eingefturzt, alles unter sich begrabend. Leider hat auch hier ein Teil der ber-schütteten Arbeiter sehr schwere Berletzungen dabongetragen. Die Ursache des Ginfturges wird auf einen Konstruktionsfehler bei ber Erbauung der Fabrit zurückgeführt.

Errichtung einer Alöppelichule. In Reudorf bei Oberwiefental i. Sa. foll bom Staat eine Klöppelschule neu gegründet und unter Gewährung von Staatsmitteln

Erweiterungsbau ber Bebichule in Forst (Lausit). In einer fürzlich abgehaltenen Stadtberordnetensitzung in Forst (Lausit) wurde einstimmig der Erweiterungsbau der dortigen Bebschule

beschlossen. Bom Fener zerstört wurde in Pfastatt bei Mülhausen i. E. das Bleichmagazin der Firma Schäffer u. Co. Da die Druderei ganz undersehrt blieb, ist eine Betriebsstörung nicht ein-

getreten. Fabrikverkauf. Die Mechanische Weberei der Firma Fabian u. Fritsche in Großschönau i. S. ist von dem Kaufmann Herrn Paul Lin ke gekauft worden und wird vom 1. September d. 3. bon biefem übernommen.

Bas bie Medanifche Zwirnerei Beilbronn vorm. C. Adermann n. Co., Sontheim a. Redar, im Jahre 1907 verdient hat. Die genannte Firma erzielte für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Bruttogewinn den 1786 683 Mt. gegen 1496 259 Mt. des Borjahres. Berschiedene andere Erträgnisse ergaben einen Ueberschuß den 131 469 (i. B. 111 176 Mt.), wozu noch ein Bortrag den 25 248 Mt. fommt. An Geschäftsuntosten kommen 481 050 Mt. gegen 461 210 Mark des Vorjahres zur Verrechnung, und ohne Vortrag ber-bleiben an Neingewinn 1 437 101 Mt. (i. V. 1150 225 Mt.). In ter Vilanz sind die Anlagewerte mit 773 545 Mt. (895 823 Mt.) angefeht. An Wertpapieren wurden 2,56 (1,88) Millionen Mart ausgelest. An Wertpapieren wurden 2,50 (1,58) Athubnen Athubas gewiesen. Die Ausstände betragen insgesamt 1 110 000 Mk., an Bankguthaben sind 1 085 doo (1 310 000 Mk.) ausgewiesen, und die Vorräte werden mit 1 840 000 Mk. (980 000 Mk.) bewertet. Mit 473 119 Mk. (288 986 Mk.) sind die Guthaben der Cläubiger angesett. Dem 2 250 000 Mk. betragenden Aktienkapital stehen am Rücklagen 3 360 000 Mg. gegenüber. Das Unternehmen verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 221/2 Prozest 200 Kraz des Kariahres. gegen 30 Broz. des Vorjahres.

andererseits haben die Genoffenschaften die bekannten Berpflich tungen uns gegenüber zu erfüllen und Rücksicht zu nehmen auf bie Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten. Wir haben keinen Anlah, den Beschluß von Köln aufzuheben. Ich ersuche Sie, die Resolution nicht anzunehmen, sondern darüber zur Tages. ordnung überzugehen.

Deich mann = Bremen (Tabatarbeiter): Grundfahlich ftehe ich auf dem Standpunkt, das Genoffenschaftswesen zu fördern, so gut es geht. Aber tropdem kann ich der Resolution und dem Antrage nicht zustimmen. Ich verweise auf die Lage in der Tabakindustrie. Wenn es nun heißt: "nicht wesentlich über die ortsüblichen Löhne hinaus", so gibt es Orte, wie Ratibor, wo pro Tausend 3,50 bis 4.20 Mt. gezahlt werden. Wenn nun etwas mehr bezahlt wird, dann murden diese Löhne den Anforderungen genügen und die Genossenschaft könnte dort ruhig produzieren. Das wäre weiter nichts als eine Lohndrüderei. Dagegen mussen wir entfchieben protestieren.

ichieden protespieren.

Sach se (Bergarbeiter): Ich bin für die Auffassung Legiens und ersuche Sie, keine Schwarzseherei zu betreiben. Wir haben keinen Vertreter der Gemossenschaften hier, der uns Auskunft erteilen kann über den Sinn des Jusabes. Nehmen wir daher die Resolution, so wie sie vorliegt, mit Vordehalt an. Die Generaltommission muß mit dem Vorstande der Konsumgenossenschaften in Verbindung. treten. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Austrages?

"Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstand des Gesamtverbandes der Konsumvereine zu berhandeln, um eine einheitliche Auslegung der uns zur Kenntnis gebrachten Reso-lution des Gisenacher Genoffenschaftstages zu erzielen."

Der Antrag wird genügend unterstütt.

Der Antrag Josephson auf Uebergang zur Tagesordnung

wird nicht ausreichend unterstütt.

Umbreit (Generalfommission): Die Resolution enthält eine Reihe von Sätzen, die zu Misverständnissen sühren können. Den Gewertschaften ist nicht die nötige Gelegenheit zur Verständigung geboten worden. In solchen wichtigen Fragen muß man borher beroten. In Düffeldorf ist das nicht geschehen, die Generalsom-mission war nicht informiert, und nun kommt die abermalige Ab-änderung. Es liegt eine einseitige Festsetzung vor ohne vorherige Verständigung. Bir wissen, daß es Ernossenschaften gibt, die mehr Rücksicht auf hohe Dividenden nehmen als auf die Lage der Anseitellung von der Vierenschaften geschaften von der Vierenschaften von der Vie gestellten. Bir dürfen rücktändigen Genossenschaftsverwaltungen nicht Borschub leisten. Durch diese Aussprache geben wir schon zu versteben, daß wir mit dem Borgeben des Genossenschaftstages nicht einverstanden sind. Josephson dürfen wir aber nicht folgen, sondern müssen einen Weg zur Verständigung betreten. Wir nüssen mehr als bislang in den Konfumbereinen tätig sein, sie mit unserem Geiste zu erfüllen suchen und erzieherisch wirken. Das können wir nur durch Massenbeitritt in die Konsumbereine. Schneiden wir

uns diesen Weg nicht ab. Sin Antrag, der den Gisenacher Beschluß als unvereindar mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen erachtet, findet die nötige Unterstützung.

Es läuft ein Antrag ein, auch eine Frau in die Generalkom-

Es läuft ein Antrag ein, auch eine Frau in die Generalkommission zu wählen.

Böme Iburg: Das geltende Regulativ besagt nicht, daß unter allen Umständen eine Frau in die Kommission gewählt werden muß. Wer es für richtig oder notwendig hält, mag seine Abstimmung danach einrichten. (Sehr richtig!)

Die Vorschlagsliste lautet: Basner, Schmied, Bauer, Bureausangestellter, Boerner, Tadakarbeiter, Bruns, Fadrikarbeiter, Cohen, Metallarbeiter, Döblin, Buchdrucker, Drunsch, Töpfer, Samacher, Schuhmacher, Setzichold, Bäder, Hübsch, Textilarbeiter, Jasobeit, Waler, Knoll, Steinsetzer, Kube, Jimmerer, Legien, Holzarbeiter, Moßs, Gemeindearbeiter, Poetssch, Gastwirtsgehülse, Sabath, Solzarbeiter, Sachseiter, Sasseiter, Sasseiter, Schmidt, Solzarbeiter, Schumann, Aransportarbeiter, Silberschmidt, Waurer, Frau Thiede, Buchdruckereihülfsarbeiter.

Die Debatte betr. Gewertsschaften und Genossenschaften bird setzenschaften wird sortgesetzt.

Die Debatte betr. Gewerkschaften und Genossenschaften das ten wird sortgesett.

Legien: Dadurch, daß der Antrag Josephson nicht genügend unterstützt wurde, ist die Sache wohl erledigt. Ich will aber doch Josephsons Aussührungen nicht unwidersprochen lassen. Er stellt es so dar, als ob die Genossenschaften den Gewerkschaften besonders verpslichtet wären. Das ist nicht der Fall! Wir sagen nur, daß wir die Genossenschaften unterstützen, weil wir sie als Institutionen ansehen, die den Arbeitern Autzen bringen. Aber besondere Verspslichtungen können wir ihnen nicht auferlegen. Es hat auch disher ein durchaus freundschaftliches Verhältnis bestanden. Treten Sie ruhig der Resolution deil Was dann etwa noch sehlt, kann nachsgeholt werden. (Bravol)

Stühmer-Verlin (Schneider): Die Sache ist so ziemlich ers

Stühmer Berlin (Schneiber): Die Sache ist so ziemlich erledigt. Es genügt, festzustellen, daß die Konsumbereine für die Arbeiterschaft überhaupt nötig sind. Treten die Gewerkschaftler ihnen allgemein bei, dann erzielen sie weit mehr, als wir hier durch Beschlüsse erreichen können. (Sehr richtig!) Dann gewinnen sie auch Einfluß auf die Gewissenschaftstage. Es sind doch in den Gewissenschaftstage des sind doch in den Gewissenschaftstage. fondern auch nichtbesoldete Verwaltungsmitglieder, Arbeiter. stalten wir also in der denokratischen Genossenschaft die Aussichtstäte anders! Treten wir ein, nicht nur um zu kaufen oder auch nicht zu kaufen, sondern bekümmern wir uns auch um die Angelegenheiten der Genossenschaft, wirken wir den unten herauf ein! hauptschulb an etwaigen Migftanben ift unfere Lauheit.

Giebel = Berlin (Bureauangestellte): Ginen irgendwie Unimosität atmenden Beschluß tann der Gewertschaftstongreß unmögnioftat ainenden Selgius land der Gebertschaftstöngtes indigen-lich fassen; und das wäre der Fall, wenn wir Josephson solgten. Wir alle haben ein lebhaftes Interesse. Unstimmigkeiten zu schaffen, kann nicht unsere Absicht sein. Die Gewerkschaften hätten mehr im Sinne des Kölner Beschlusses wirken sollen, bor allem auch ihre Presse. Das ist nicht in genügendem Maße geschehen. Um dies zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig unsere Bes denken gegen den Sisenacher Beschluß festzulegen, empfehle ich Ihnen folgende Resolution:

"1. Ter Gewerkschaftskongreß nimmt Kenntnis von dem Bc= schlusse des Genossenschaftstages in Eisenach und lehnt die an die örtliche, tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen gestellten Borbedingungen als mit gewerkschaftlichen Grundsätzen unber-

2. Derartige ungewerkschaftliche Unichauungen muffen und fönnen aus der Genossenschaftsbewegung am wirkamsten ausgemerzt werden durch Beitritt und Mitarbeit der gewerkschaftlich

organiserten Arbeiter in den Konsum-Genossenschaften." Der erste Teil der Resolunischen VI wird gegen 5 Simmen angenommen. Der erste Absat der Resolution Eiebel wird abgelehnt.

Der Antrag Sachse wird angenommen. Der lette Teil der Resolution VI wird gegen 2 Stimmen angenommen; damit ist der zweite Absah der Resolution Giebel erledigt.

Die Beratung des Bunttes Grenzstreitigfeiten wird fortgefest. Es liegt folgende Ertlärung der Redattions tommiffion bor:

"1. In Biffer 1 der Resolution P. 14 ist festgelegt, daß die Entwickelung sich in der Richtung des Jusammenschlusses der Organisation zu großen Verbänden vollzieht, und daß diese Entviaelung von außen her nicht durch Beschlüsse irgendwelcher Art best im mend beeinflußt werden soll. Dieser Serwiedelung darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden.

2. Sind in einem Industriezweig für die gleichen Beruse mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalsonmisssion

der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt.

3. Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus folden gemein-famen Tätigkeitsgebieten leicht entstehenden Reibungen borzubeugen, für solche Konkurrengberbande befonbers brin = genb, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Maßnahmen borher zu berftändigen.

Simon-Nürnberg (Schuhmacher) erläutert die Erklärung kurz und fügt hinzu, daß er auch gestern, mit der ganzen Kommission, nur die Entwickelung zum Industrie-, nicht zum Betriebsverband im Auge gehabt habe.

Bomelburg ichlägt bor, Abf. 2 und 3 der Erflärung der Refolution einzufügen.

Dem wird dugeft immt.

Abf. 1 der Resolution P 14 (Redaftionsfommission) wird an = genommen. Damit find die Antrage P 1—3 erledigt. Mbfat 2 wird angenommen.

Der Antrag Zillmann wird angenommen. Absat 3 wird angenommen.

Der Antrag Knoll wird angenommen, ebenso Absat 2 und 3 der Erklärung mit großer Mehrheit, und Absat 4 der Resolution, nachdem der Antrag auf namentliche Abftimmung zurüdgezogen.

Antrag P 13 (Schiedsgericht) wird gegen eine große Mindersheit abgelehnt; Antrag P 15 (Haftung bei Prosseffen) gemäß Vorschlag Cobens der Vorständekonferenzüberwiesen; Antrag P 8 (Sonderorganisation der Genofsenstation) Antrag P 9 durch Beschluß der Vorftandekonferenz als crledigt angesehen; Antrag P 11 dieser überwiesen.

Bomelburg: Für diefesmal maren alfo die Grengstreitigkeiten wieder mal erledigt. (Große Heiterkeit.)

Es folgt Punkt 5.

Die Entwidelung ber fozialen Gejetzebung in Deutschland. hierzu liegen folgende Refolutionen bor:

Durch die technische und kapitalistische Entwidelung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwickelung ausmuben zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Ors ganisationen. Die Unternehmerverbände sind Machtsattoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herab-

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Wietsverträge bei Ueberlassung von Bohnungen, durch Pensionskassen und andere sogenannte Bohlsahrtseinrichtungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die staatsdürgerlichen Nechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft vollig bernichtet durch Verkräge der in Unternehmernerhänden böllig bernichtet durch Berträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.
Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralsperbanden Santralsperbanden Santra

verband deutscher Industrieller usw.) auf Gesetzebung und Verwaltung wird ausgenutt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Geset sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Arbeiterinteresse entspricht. Dem Beispiele der Unternehmerverbände mussen die organi-

fierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesborlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetz oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbeiter müssen in Resolutionen zusammengesatt und den gesetzebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet

Um bestehende Migstände zu beseitigen und die Entstehung nener Wisstände zu verhindern, fordert der Eenfeching kongreß für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt korperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheit-liches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Neberborteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschafts-kongreß den Erlaß von Gesetzen und Berordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Versinken in Kauperismus soweit bewahren, als cs in der tapitalistischen Gesellschaft möglich ift.

Insbesondere fordert der Kongreß:

I. Bur Sicherung ber Rechtsberhältniffe:

1. Arbeiterkammern;

Rontrolle.

volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn ober Gehalt be-

schaftigte Versonen; zwingendes Recht für alle zum Schutz der Arbeiter er-lassenen Gesesbestimmungen, damit sie nicht durch Ver-träge aufgehoben werden können; eine gesehliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge

(Tarifverträge);

Verbot des Trudinstems in allen Formen.

II. Jum Schute von Leben und Gefundheit: 1. Festsetung eines höchstens 8 Stunden betragenden Rormalarbeitstages;

Berbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; Verbot der Rachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Ratur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müffen;

eine ununterbrochene Rubepause bon mindeftens 36 Stunden in der Boche für jeden Arbeiter;

durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlag von wirkfamen Krantheitsberhütungsvorschriften; Unfallberhütung; unter Beteiligung ber Arbeiter an der

III. Zur Bewahrung vor Berfinken in Bauperismus.

Vereinheitlichung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

a) Entschäbigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungs-zweigen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglücken und Invaliden vor Not geschützt sind; b) Schaffung einer Mutterschaftsversicherung;

c) Schaffung einer Arbeitelosenbersicherung; d) Witwen= und Waisenbersorgung.

S. Molfenbuhr."

R. 2. Gewertschaftliches Arbeiterinnenkomitee, Borstand des Verbandes der Buch= und Stein-bruckerei=Hülfsarbeiter usw., Vorstand des Ver= bandes der Vlumenarbeiter usw.

"Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Gesebes für Arbeitskammern entspricht nach keiner Richtung den An-forderungen, welche Arbeiter und Arbeiterinnen an eine für sie so außerordentlich wichtige Institution zu stellen berechtigt sind. Das Arbeitsseld der Kammern wird von vormberein außerorbentlich eingeschränkt, mahrend bas Tätigkeitsgebiet sich erft bei ber praftischen Arbeit wird übersehen laffen.

Für die Wahl der Vertreter der Arbeiterschaft find in dem Fir die Wahl der Vertretet der Arbeiterlicheft int den Geschentwurf Bestimmungen getroffen, nach welchen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter bezüglich der Beschung der Kammern völlig ausgeschaltet wird. Während in der Vegründung zu dem Geschentwurf gesagt wird, das zu den Arbeitstammern Versonen beiderlei Geschlechts wählbar sein sollen, enthält der § 13 die gleiche Bestimmung, wie das Gewerbegerichtsgeseh, nach dem nicht wählbar ist, wer gemäß nach § 32 des Gerichts-versassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

Da ferner die Hälfte der Beisitzer aus den Unfallversicherungsausschüffen, in welchen Arbeiterinnen nicht find, zu mahlen

ift, fo find die Arbeiterinnen nicht nur bon der Wählbarkeit gu den Kammern ausgeschlossen, sondern es ift ihnen zum Teil auch das Wahlrecht genommen.

Unter Berücklichtigung dessen, daß selbst die verbündeten Regierungen in der Begründung eines Entwurses eines Reichsbereinsgesehres erklärten, daß es nicht angängig sei, die bei jeglicher Industriearbeit tätigen Arbeiterinnen von den zum Schutze ber Arbeiter geschaffenen Institutionen auszuschließen, fordert der Kongreß:

daß in sedem Gesehentwurf betreffend eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeitez rinnen zur Geltung kommt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Arbeitskammern ist des halb nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmungen, sondern auch deswegen zu verwerfen, weil er die sieben Willionen gewerblicher Arbeiterinnen, bon denen der Staat und die Gemeinden in gleicher Beife Steuern berlangen, wie bon den mannlichen Arbeitern, die Wählbarfeit vollständig und gum Teil auch bas Wahlrecht gu ber gefehlichen Bertretung ber Arbeiterschaft borenthält.

Moltenbuhr begründet seine Resolution in mehr denn 11/2stündiger sehr instruktiver Rede, die ihm reichen Beifall ein-

5. Berhandlungstag.

Dic Debatte über die soziale Gesetgebung wird eröffnet. Frau Ihrer-Berlin (Blumenarbeiterin) begründet die Resolution R 2:

Beibe Refolutionen werden hierauf einftimmig ange. nommen: Es folgt Punkt 6:

Die ftaatliche Berficherung ber Privatangeftellten.

Hierzu liegt folgende Refolution des Referenten vor:

"Der sechste Deutsche Gewerkschaftskongreß tritt ein für die staatliche Versicherung gegen Krankheit und Unsall sowie für die Alters-, Indaliden-, Witwen- und Waisendersicherung aller Schichten der Lohnardeiterschaft. Er unterstützt daher auch die diesdezüglichen Bestredungen der Privatangestellten aufs nach- driftlichste. Der Gewerkschaftskongreß detrachtet es als eine unterstückschaftschaftschaftskongreß derrachtet ist der die eine unerläßliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die staatliche Bersicherung in einer Beise organisiert wird, die nicht eine Benach-teiligung bestimmter Gruppen der lohnarbeitenden Bebolkerung

in sich schließt. Der Gewerkschaftskongreß erklärt sich für die Vereinheitlichung der Versicherungszweige und bekämpft auch jene Zerssplitterung im Versicherungsweige, die darin liegt, daß sich die Versicherungspflicht bei den einzelnen Versicherungsarten auf ganz derschiedene Versonenkreise erstreckt. Diese Zersplitterung, von der auch die Periodenangestellten betroffen werden, weil dei keinen der einzelnen Versicherungszweise die Esteutleit der bon der alla die Privatangestellten vertoffen werden, weil bei keinem der einzelnen Versicherungszweige die Gesantheit der Brivatangestellten versicherungspflichtig ist, darf nicht durch weitere Absonderungen verschlimmert werden. Die von mancher Seite besürwortete Sonderversicherung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invalidität, einschließlich der Hinterbliebenenfürsorge, würde nicht nur die Arbeiter aussschließen, sondern, da der Begriff "Privatangestellter" feineswegs schließen, auch weite Kreise der Angestellten in die Gesahr bringen, nicht in die Sonderversicherung ausgenommen zu werden. Inde nicht in die Sonderbersicherung aufgenommen zu werden. Daher und aus anderen, für die Angestellten sehr wichtigen Gründen verwirft ein großer Teil der Privatangestellten selbst, sowohl solche, die der freien Gewerkschaftsbewegung angehören, als auch andere, das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausreichende Alters-, Indalidene, Witwen- und Waisendersiche-rung im Nahmen des Indalidendersicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jest bestehenden Lohnklassen und Errichtung höherer Lohn- und Beitragsklassen. Der Gewerkschaftskongreh schließt sich, unbeschadet feines grundsätlichen Standpunttes, daß schließt sich, unbeschadet seines grundsätlichen Standpunttes, daß zur Aufbringung der ersorderlichen Mittel alle Klassen der Beböllerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind, diesen Wüslerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind, diesen Wüslen an, und richtet an die Gesetzebung das dringende Ersuchen, sie schleunigst durch den Ausdau des Invalidendentersicherungsgesetzes, und zwar so zu ersüllen, daß die Berufsart an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgend eine Kaicgorie der Versicherten zu benachteiligen. Sinssichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegrifses jedoch ist die bisherige Tätigkeit des Versicherten, ebenso wie seine Ausdildung, Kräfte und Fähigkeiten wost zu berücksichen. Betriebspenstonstaffen usw. sollen nicht von der Versicherungspflicht besteien, wie Ersahinstitutionen überhaupt nicht zuzulassen sind. Den Versicherten ist das Kecht der Selbstverwaltung zu gewähren. Gelbstverwaltung zu gewähren.

Der Kongreß fordert die Gewerkschaften auf, bei allen ge-eigneten Gelegenheiten auf die Notwendigkeit des Ausbaues und der Bereinheitlichung der staatlichen Bersicherung im Sinne dieser Resolution hinzuweisen." B. Lange.

Die Refolution wird ohne Debatte einftimmig an -

Es folgt Punkt 7

## Die gewerbsmäßige Stellenvermittelung.

Sierzu liegt vor die Resolution des Reserenten Potsich. M. 1. Die gewerdsmäßige Stellenbermittlung, wie sie im Gaftwirtsgewerbe, in ben feemannischen Berufen, im Sandels-, Schlachter=, Bader=, Molfereigewerbe usw., ferner bei der Ber= mittlung von Dienftboten und Landarbeitern sich eingebrängt hat, führt zu großen materiellen Schäbigungen für die Arbeitfuchenden.

Die Gebühren, die von den privaten Vermittlern erhoben werden, find gum Teil ungeheuer hoch und stehen meist in einem

Ueber die tariflich festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Bermittler unter allerlei Borwänden und unter den berschiedens

sten Formen, Gelder aus den Bermittelten herauszuhressen.
Der Umstand, daß die Stellenbermittler, Gesindebermieter, Henerbase usw., sowie die sogenannten Sprechmeister der Innungen in der Regel dirett oder indirett mit Castwirtschaften oder anderen Geschäftsleuten (Lieseranten von Ausrüstungsgegen= ftanden, Zigarren-, Weinhandlungen usw.) in Berbindung steben, ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisation der Stellesuchenden.

Da ein häufiger Stellenwechsel im persönlichen Erwerbsintersse der Vermittler liegt, so suchen sie diesen, nicht selten
unter Anwendung unsauterer Mittel, möglichst zu befördern.
Indem sie den Unternehmern fortgesetzt neue Arbeitskräfte
anbieten, die sie vielsach durch falsche Darstellungen über die Lohnund Arbeitsverhältnisse und trügerische Versprechungen in rückträndiene Wesenden ausenwerken beiden beringten sie auch eine ständigen Gegenden angeworden haben, bewirken sie auch eine Herabdrückung der Löhne. Bei Lohnbewegungen unterstützen sie das Unternehmertum durch Anwerbung von Streikbrechern.

In Erwägung aller dieser Feststellung erklärt der Kongreß: Die gänzliche Ausschaltung dieser volkswirtschaftlich schädelichen Existenzen ist im Interesse Lunderttausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Ersat hierfür durch Er-richtung öffentlicher, von gemeinnützigen Gesichtspunkten aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaffen. Die Stellenvermittlung und der Arbeitsnachweis sind durch

Reichsgesetz einheitlich zu regeln und sind neue Konzessionen an gewerbsmäßige Stellenvermittler, Gesindevermieter usw. nach einer durch Gefet zu bestimmenden Uebergangszeit nicht mehr

zu erteilen.

Die bom Staat oder der Kommune zu errichtenden Arbeits-nachweisanstalten mussen auf der Grundlage volliemmenster Selbstverwaltung aufgebaut sein, überhaupt allen denjenigen Anforderungen entsprechen, die bom Franksurter Gewerkichafts-kongreß als Borbebingung aufgestellt worden find.

Der Kongreß erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Aenderung der Gewerbeordnung (Titel II § 34) diesen Wünschen Rechnung getragen wird" Nechnung getragen wird." Hugo Pöhsch.

Gerner die genügend unterftütten Antrage:

M. 2. Verband der Fabritarbeiter (3ahl= stelle Harburg a. E.). In Anbetracht der schädlichen Tätige teit der gewerbsmäßigen Stellenbermitilungsburgaus und Internationalen Arbeitsnachweise für die gesamte Arbeiterschaft, haben

die organisierten Arbeiter derartige Institute zu meiden. Diese Institute treten besonders bei Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern in Aftion, indem fie dann als Streitbrecherburgans tätig find und auf diese Art und Weise

ahnungslose Arbeiter, welche mit den Berhältnissen nicht verstraut sind, als Streitbrecher angeworden werden.

Als Bermittlungsgebühr werden diesen Arbeitern ganz enorme Geldberräge abgepreßt und werden ihnen Arbeitsverträge zur Unterschrift vorgelegt, welche den guten Sitten und Gesehen widersprechen, wobei man sich nicht sehen, derartige Verträge

auch von Arbeitern unterschreiben zu lassen, der weber der deutschen Sprache noch Schrift mächtig sind.
Deshalb beauftragt der Gewerkschaftstongreß die Generalstommission, dei der gesetzgebenden Körperschaft dahin zu wirken, daß die gewerbsmäßigen Stellenwermittlungsdureaus und Intersteilungsbureaus und Intersteilungsbureaus nationalen Arbeitsnachweise verboten werden und an deren Stelle paritätische Arbeitsnachweise unter tommunaler Verwaltung mit einem unparteiischen Vorsitzenden geschaffen werden.

Die Institute, welche öffentlich als Streisbrecherbureaus tätig sind oder waren, müssen öfter bekannt gemacht werden, um die Arbeiterschaft vor solchen Einrichtungen zu warnen. Die Generalkommission hat für ausreichende Aufklärung, auch in fremdsprachlich erscheinenden Zeitungen zu sorgen.

M 3. Berband der Fabrifarbeiter (3ahlftelle M 3. Berband der Fabritarveiter (Fahipette Kanburg). Der sechste Gewerkschaftskongreß beschließt: "Die Generalkommission wird beauftragt, in allernächster Zeit eine Flugschrift in Massenauflage heritellen und verbreiten zu lassen, in welcher das gemeingefährliche Treiben der sogenannten "nationalen" und internationalen Stellenvermittlungsbureaus, hauptssächlich bei den Lohnkämpfen der Arbeiterschaft, eingehend geschilchert wird. Kann hatendars folle ut die Kroftliege ver Werbeiterschaft, schildert wird. Ganz besonders soll auf die Praktiken der Werbeagenten dieser Bureaus hingewiesen werden.

Ein eingegangener Antrag verlangt, daß es im Antrag M. 2 Abs. 1 heißen solle, derartige Justitute sollen möglichst gemieden werden. Der Antrag findet die nötige Unterstützung.
Ein Antrag Müller auf Zurückweisung an die Redaktions-kommission wird angenommen.

#### Es gelangt daher zunächst Buntt 7 zur Berhandlung: Der Bontott als gewertichaftliches Rampfmittel.

Referent: D. Allmann = Hamburg.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: N. 1. Der Bonkott ist vei Lohnkämpsen der Arbeiterschaft in der Befleidungsinduftrie, desgleichen in der Rahrungs- und Ecnugmittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein Sulfs-mittel von großer Bedeutung, weil für diese Gewerbe der Massenkonsum der Arbeiterschaft ein ausschlaggebender Faktor ist. Be-nutt die Arbeiterschaft in solchen Lohnkämpfen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Bohkott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter sperrenden Unternehmer ein bedeutender Druck ausgeübt werden, der diese zum Nachgeben im Rampfe und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb benutt auch ferner die Arbeiterschaft den Bopfott als gewerschaftliches Kampsmittel zur Unterstützung der organisierten Arbeiter in obengenannten Gewerben, um so mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen auch durchweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesantarbeiterschaft sieht, und letztere ein dringendes Interesse

daran haben muß, ihren Teil jur Gebung der traurigen Rohn-und Arbeitsbedingungen dieser Gruppen beigutragen. Ausgehend von diesen Grundsätzen beschließt der Kongreß:

1. Der Bohlott über einzelne Unternehmer ober gange Eruppen von Unternehmern fann nur auf Anfrag der im Lohn-Tampfe stehenden Gewertschaft bon ber Bertretung ber organi-sierten Arbeiterschaft am Orte, dem Gewertschaftstartell, beschlossen werden.

2. Als zwedmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Bohtott auch die Leitung der politischen Arbeiterorganisation am Orte mit heranzuziehen, damit im Kampfe beide Richtungen der Arbeiterschaft sich unterstüßen und ergänzen

können.
3. Die Gewerkschaften, welche die Hülfe des Bohkotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses mindestens 14 Tage vor dem Beginn des Angriffsstreiks dem örtlichen Gewerkschaftsfartell angumelben und mit diesem über die einzuleitenden Schritte zu beraten; bei Abwehrstreits und Aussperrungen muß

die Anmeldung sofort bei Ausbruch derselben geschehen.

4. Der Bohfottbeschluß des Gewerkschaftstartells am Kampferteiligter Orte mit bindend. — Ist jedoch vorauszusehen, daß sich der Lohnkampf und Bohfott auf ganze Landstriche und Probinzen erstreckt, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes den Bertfürdigen mit den Erbertschaftskortellen des Kampfes den Bertfürdigen mit den Erwerkschaftskortellen desse gandstriches

Verständigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Laudstrickes und der zuständigen politischen Karteileitung erfolgen.

5. Die Leitung des Bohkotts wie die Aufbringung der Mittel für dessen Propagierung und Durchführung ist Sache der im Lohnkaupfe besindlichen Organisationen, welche die Verhängung des Bohkotts beautragt hat; die Organisationsleitung hat indeed über mittige Makundung wit der Rertretung der Gesenntjedoch über wichtige Magnahmen mit der Vertretung der Gesamt-

arbeiterschaft am Orte zu verständigen.
6. Die Leitung des Boyfotts hat neben der nötigen Publistation der gefaßten Beschlüffe auch dafür zu sorgen, daß genügend bohsottsreie Ware herbeigeschafft wird.

7. Ift von den dazu berechtigten Inftanzen ein Bopfott beschlossen, so ist es Pflicht aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, diefen Beschluß voll und gang durchzuführen und auf teinen Fall in bohkottierten Geschäften zu kaufen.

Der Kongreß erachtet ben Bonfott als ein gewerkschaftliches Rampfmittel, das nur nach reiflicher Krüfung der Verhältnisse und nur nach Beschlußfassung der vorerwähnten Instanzen anzeiwandt werden darf, weil die unrechte und unzeitige Anwendung eines Behtotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirft. D. Allmann.

N. 2. Wir beantragen, in Ziffer 4 die Worte hinter dem Gedankenstrich durch folgende zu ersetzen:
"— Ift jedoch vorauszusehen, daß sich der Lohnkampf und Bohkott auf ganze Landstriche und Provinzen erstreckt, so soll außerdem bor Ausbruch des Kampfes neben einer Verftändigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Landstriches auch die Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders skark beteiligten und vertretenen Gewerkschaften und der zuständigen politischen Parteileitung erfolgen."

. N. 3. Die Unterzeichneten beantragen, der Resolution AU-

mann, Kunkt 1, folgenden Aufah hinzuzufügen:
"Den Lohnkämpfen gleich zu erachten sind die Bewegungen
zur Bekämpfung der Hausindustrie, wie auch der Beseitigung
von Kost und Logis beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht
mit einer Arbeitseinstellung verbunden sind." S. Stühmer.

Ein Antrag Dobler-München verlangt, die Ziffer 1 der **Refolution** dahin abzuändern, daß es statt der "im Lohnkampse stehenden Gewerkschaft" heißen soll: "der Zentralleitung der im **L**ohnkampse stehenden Gewerkschaft".

Ein weiterer, von Ahrense-Köln (Bauarbeiter) gestellter Abanderungsantrag will, daß der Ziffer 1, lette Zeile, noch hinzu-gefügt werde: "und den Borständen der örtlichen Gewerkschaften".

Beide Antrage werben unterftütt.

Bur Begründung des Amendements Sachfe führt Sufemann Bochum (Bergarbeiter) aus: Wir haben den Antrag gestellt, weil es ganze Orte im Kohlenrebier gibt, die nur aus Bergleuten bestehen und wo daher kein Gewerkschaftskartell existert. Damit wir gemeinsam arbeiten können, ersuchen wir Sie um die Annahme diefes Antrages.

Stühmer=Berlin (Schneiber) begründet seinen Antrag. Nach den Reden von Leipart (Holzarbeiter), Shkorn (Barbiere) und Hensel (Fleischer) wird zunächst die Wahl der Generalkommission vorgenommen.

Es sprechen dann Fauth (Musiker) und Dobler (Transportarbeiter).

Ettorn beantragt, in Absat 3 statt "Angriffsstreits" zu fagen "Lohnbewegung"

Senfel beantragt, in Abfat 4 zu feben "Generalkommiffion und Parteivorstand".

Beide Antrage werden genügend unterstützt. Nach Reden von Wintelmann-Breinen (Böttcher), Berner-Berlin (Transportarbeiter), Ha delberg-Hamburg (Tabafarbeiter), Wissel-Lübed (Metallarbeiter), Helmann Berlin (Bäder), Schmidt-Berlin (Gärtner), Allmann (Schlußwort) und mehreren persönlichen Bemerkungen werden die

Refolution und die vorliegenden Antrage der Redaktionskommission gur Durcharbeitung überwiefen.

#### 6. Berhanblungstag.

Es werben zunächst bie Resultate ber

#### Bahlen gur Generalkommiffion

mitgeteilt. Wiedergewählt in die Generalfommiffion find ihre bisherigen 11 Mitglieder: Legien (Holzarbeiter) mit 303 (bon 313 abgegebenen gilltigen) Stinmen, Kube (Zimmerer) mit 297, Silberschmidt (Maurer) mit 274, Robert Schmidt (Holzarbeiter) mit 263, Knoll (Steinseher) mit 258, Sabath (Schneider) mit 258, Safsenbach (Sattler) mit 232, Schusmann (Aransportarbeiter) mit 292, Döblin (Buchdrucker) mit 280, Sabath (Sättler) mit 282, Schusmann (Aransportarbeiter) mit 282, Döblin (Buchdrucker) mit 280, Sabath (Sättler) 220, Cohen (Metallarleiter) mit 213 und Drunfel (Töpfer) mit 199 Stimmen. Neu hinzugewählt werden G. Bauer nit 199 Stimmen. Neu hinzugewählt werden G. Bauer (Bureauangestellter) mit 175, K. Hübsch (Territarbeiter) mit 175, K. Hübsch (Territarbeiter) mit 171 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten Basner (Schmed) 17, Börner (Tabakarbeiter) 59, Bruns (Fabrikarbeiter) 57, Hamacher (Schmacher) 45, Hehsch (Fabrikarbeiter) 57, Hamacher (Schmacher) 45, Hehsch (Fabrikarbeiter) 28, Wohs (Gemeinbearbeiter) 28, Boetisch (Gastwirtsgehilfe) 104, Sachje (Bergarbeiter) 108, Frau B. Thiebe 85.

Nächster Gegenstand ber Tagesordnung ift

#### Die Organisation gur Ergiehung ber Jugenb.

Der Referent ist Robert Schmidt-Berlin. In der Abstimmung wird die Resolution Schmidt gegen 1 Stimme angenommen. Es folgen die

#### Berichte ber Rebattionstommiffion

über bie ihr überwiesenen Materien.

Die Kommission schlägt

gur Frage ber gewerbsmäßigen Stellenvermittelung folgende Resolution bor:

"Die gewerbsmäßige Stellenbermittelung, wie fie im Gaftwirtsgewerbe, in den semannischen Beutsen, in handels-, Schlächter-, Bäder-, Molkereigewerbe usw., ferner bei der Ber-mittelung von Dienstboten und Landarbeitern sich eingedrängt hat, führt zu großen materiellen Schädigungen für die Arbeitfuchenben.

Die Gebilhren, die bon den privaten Vermittlern erhoben werden, sind zum Teil ungeheuer hoch und stehen meist in einem argen Mitverhältnis zu den don ihnen geleisteten Diensten.

Heber die tarislich festgesetzen Gebühren hinaus suchen die Vermittler unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen, Gelder aus den Vermittelten herauszuhressen.

Nicht selten werden im Auftrage der Unternehmer den Stellensuchen Auflichtsbarträge zur Unterschrift vorselegt wollche den

fuchenden Arbeitsverträge zur Unterschrift vorgelegt, welche den guten Gitten und Gefeten wiberfprechen, wobei man fich nicht

scheut, berartige Verträge auch bon Arbeitern unterschreiben zu lassen, die weder der deutschen Sprache noch Schrift mächtig sind. Der Umstand, daß die Stellenvermittler, Gesindebermieter, Henerbase usw. sowie die sogenannten Sprechneister der Innungen in der Regel direkt oder indirekt mit Gastwirtschaften oder anderen Geschäftsleuten (Lieferanten von Ausrüftungsgegenftänden, Zigarrens, Weinhandlungen usw.) in Verbindung stehen, ers möglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisation der Stelles

Da ein häufiger Stellenwechsel im personlichen Erwerbsinteresse der Vermittler liegt, so suchen fie diesen, nicht selten unter Unswendung unlauterer Wittel, möglichst zu befördern.

und Arbeitsverhältnisse und trügerische Versprechungen in rücfständigen Gegenden angeworden haben, dewirken sie auch eine Heraddrickung der Löhne. Bei Lohnbewegungen unterstützen sie das Unternehmertum durch Anwerdung von Streikbrechern. In Erwägung aller dieser Festitellungen erklärt der Kongreß: Die gän zliche Ausschaltung dieser volkswirtschaftlich schollen Existenz ist im Interesse Hundertausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Ersat hiersür durch Erzichtung öffen tlicher, von gemeinnützen Gesichtspunkten aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaschen. Die Stellenvermittelung und der Arbeitsnachweis sind durch

Die Stellenvermittelung und der Arbeitsnachweis find burch Reichsgeset einheitlich zu regeln, und find neue Konzessionen an gewerbsmäßige Stellenbermittler, Gesindebermieter usw. nach einer durch Gesetz zu bestimmenden Uebergangszeit nicht mehr zu

Die vom Staat oder Kommune zu errichtenden Arbeitsnachstweisanstalten muffen auf der Grundlage vollkommenster Selbstsverwaltung aufgebaut sein, überhaupt allen denjenigen Ans forderungen entsprechen, die bom Frankfurter Gewerkschaftskongreß

1899 als Vorbedingung aufgestellt worden sind.
Der Kongreß erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Aenderung der Gewerbeordnung (Titel II § 34) diesen Wünschen Rechnung getragen wird."

#### Bur Frage: Der Bonfott als gewertichaftliches Rampfmittel beantragt die Kommission:

"Der Bohkott ist bei Lohnkampfen der Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie, desgleichen in der Nahrungs- und Genuß-mittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein hilfsmittel von mittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein Silfsmittel von großer Bedeutung, weil für diese Gewerbe der Massendussum der Arbeiterschaft ein ausschlaggebender Faktor ist. Benutt die Arbeiterschaft in solchen Lohnkämpsen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Boykott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter sperrenden Unternehmer ein bedeutender Druck ausgesibt werden, der diese zum Nachgeben im Kampse und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb benutt auch serner die Arbeiterschaft den Boykott als gewerkschaftliches Kampsmittel zur Unterstützung der organisierten Arbeiter in obenaenannten Gewerben, um so mehr, da die Lage gewertschaftliches Kampfinktet alle Unterhangt der beginkteren Arbeiter in obengenannten Gewerben, um so mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen auch durchtweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesamtarbeitersschaft steht und letztere ein dringendes Interesse daran haben nuß, ihren Teil zur Hebung der traurigen Lohns und Arbeitssbedingungen dieser Gruppe beizutragen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen beschlieft der Kongreß: 1. Der Bohlott über einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen von Unternehmern kann nur auf Antrag der Zentral-

leitung der im Lohntampfe siehenden Gewertschaft von der Ber tretung der organisierten Arbeiterschaft am Orte, dem Gewerischaftsfartell und den Vorständen ber örtlichen Gewertichaften beschloffen

2. Als zwedmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Bohfott auch die Leitung der politischen Arbeiterorganis sation am Orte mit heranzuziehen, damit im Rampfe beide Richtungen der Arbeiterschaft sich unterftützen und ergänzen

Den Lohntampfen gleich zu crachten find die Bewegungen zur Bekämpfung der Hausindustrie wie auch der Beseitigung von Kost und Logis beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht mit einer Arbeitseinstellung berbunden find.

3. Die Gewersichaften, welche die hilfe des Bontotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses so frühzeitig dem örtlichen Gewerkschaftskartell anzumelden, daß mit diesem die einzuleitenden

Schritte rechtzeitig beraten werden konnen.
4. Der Boptvitbeschluß des Gewerkichaftskartell's am Rampforte ist auch für die Arbeiterschaft anderer weniger am Rampfe beteiligter Orte mit bindend. — Ift jedoch vorauszusehen, daß sich der Lohnkampf und Bohkott auf ganze Landstricke und Prophingen erstreckt, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes neben einer Verständigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Landstriches auch die Berftandigung mit den Bentralleitungen ber besonders ftart beteiligten und vertretenen Gewertschaften und der

zuständigen politischen Parteileitung erfolgen.
5. Die Leitung des Boylotts wie die Aufbringung der Mittel für dessen Propagierung und Durchführung ist Sache der im Lohnkampfe besindlichen Organisation, welche die Berhängung des Boylotts beautragt hat; die Organisationsleitung hat sich jedoch über wichtige Magnahmen mit der Bertretung der Gefamt-

arbeiterschaft am Orte zu verständigen.
6. Die Leitung des Bonkotts hat neben der nötigen Publistation der gefasten Belchlüsse auch dafür zu sorgen, daß genügend bonkottfreie Ware herbeigeschafft wird.

7. Ist bon den dazu berechtigten Inftanzen ein Bonfott be-

7. Ist von den dazu berechtigten Justanzen ein Bohsott beschlossen, so ist es Psticht aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, diesen Beschluß voll und ganz durchzusähren und auf keinen Fall in bohstottierten Eschäften zu kaufen.

Der Kongreß erachtet den Bohsott als ein gewerkschaftliches Kampsmittel, das nur nach reistlicher Priisung der Berhältnisse und nur nach Beschlußfassung der vorerwähnten Instanzen ansgewandt werden darf, weil die unrechte und unzeitige Anwendung eines Bohsotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirkt."

II. Der Gewerkschaftstongreß weift die Berfuche der neuereu Rechtsprechung: bei ber Beurteilung bes Bontotts die Prfifung auch darauf zu erstrecken, ob ein Bontott Aussicht auf Erfolg bietet oder ob der Zwed des Bontotts eine Menderung der wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Berhältnisse zur Folge hat, entschieden zurück.

Die Rechtsprechung hat sich nach Ansicht des Gewerkschafts-kongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Bonkotts gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. Darüber hinausgehende Prüfungen und auf diesen Prüfungen beruhende knildeidungen können nur die subjektive Auffassung der Richter über wirtschaftliche bezw. soziale, in Fluß besindliche Fragen widerspiegeln. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann nur Aufgabe der Gesetzebung sein. Die Versuche, durch die Rechtsprechung eine solche Regelung herbeizusühren oder an ihr teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und kragen die Aktehr voner Eckswistis in sie

und tragen die Gefahr neuer Massenjustig in sich.
Deshalb protestiert der Gewerkschaftekongreß mit aller Enisstiedenheit gegen derartige Versuche der Rechtsprechung, welche die Durchsührung des gesetzlich zulässigen Bohlotts auf Umwegen zu verhindern versuchen."

Die Anträge der Kommission werden nach kurzer Begründung durch Sillier - Berlin (Steindruder) einstimmig angenommen.

#### Es folgt als letter Gegenstend der Tagesordnung die

#### Beratung verfchiebener Antrage. Gin Antrag ber Rupferschmiede:

In Erwägung, daß über die Auslegung der Streifarbeit bedenklich abweichende Auffassungen bestelzen, die oft zwischen der-wandten Berufen zu unliedsamen Vorfällen Anlag geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongreß: daß alle Arbeiten, die don Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu ergielen ober Berichlechterungen ber Arbeitsbedingungen abguwehren, solange als Streifarbeiten anzusehen find, bis die in Frage kommende Organisation ganz unzweideutig erklärt, daß die Differengen befeitigt find, die gum Ausstand oder gur Ausfperrung geführt haben," wird von Saupe-Berlin begründet, aber auf Borfchlag bes Bor-

fibenden Bömelburg ber nächften Konferenz ber Bentralborftanbe zur Erledigung übermiesen. Annahme findet folgender Antrag des Zabakarbeiter-

verbandes, Zahlstelle Bremen:
"Die am 6. Mai tagende Generalversammlung der Tabak-arbeiter Bremens fordert, das bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften auch Fachleute jum Schiedsgericht herangezogen werden und bon beiden Seiten bie Schiederichter ernannt werden gur Begleichung ber be-

ftehenden Differengen."

Der Vorstand des Centralverbandes der Handlungsgehilfen beantragt: "Der 6. Deutsche Gewerkschaftskongreß empfiehlt den Gewerkschaften, überall dock, wo noch Lohnzahlung am Sonnabend üblich ist, bei Lohnbewegungen die Forderung nach Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage aufzustellen.

Die Lohnzahlung am Sonnabend erschwert den Angestellten und Arbeitern im Sandelseenerhe

und Arbeitern im Handelsgewerbe ungemein die Erringung des Achtuhr-Ladenschlusses und die Sonntagsruhe und gibt den Geschäftsinhabern den Vorwand, sich gegen diese Einrichtungen zu erklären und erschwert es den Konsumbereinen, mit diesen Gins

richtungen boranzugehen. Die Zusammendrängung des Einkaufs der arbeitenden Be-völkerung auf den Sonnabendabend bringt auch für diese selbst mancherlei Nachteile und Uebervorteilungen mit sich. Am Sonntag aber follte die Arbeiterfrau neben der Berrichtung der unbermeidlichen häuslichen Arbeit nicht noch gezwungen sein, Ginkäuse zu besorgen, wie dies die Lohnzahlung am Sonnabend

nach sich zieht.

Die Beseitigung der Lohnzahlung am Sonnabend und die Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage liegt somit im Interesse der arbeitenden Bebölkerung wie im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerde. Die Geseitschen Angestellten im Handelsgewerde. Die Geseitsche Angestellten im Gandelsgewerde. werkschaften werden deshalb ersucht, diese Forderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu befürworten."

Der Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch Josephson. Samburg einstimmig angenommen.

Gine große Angahl von Anträgen liegen gur

#### Alfoholfrage

bor. Sie fordern u. a. Errichtung alkoholfreier Gewerkschafts. häuser und Versammlungslokale.

Auf Borichlag Bomelburgs wird beschloffen, diefen Gegentand durch den Bericht der Generalkommission für erledigt zu er-

flären. Nach Bömelburgs Schlußrede wird mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften der Kongreß ge-

schlossen. Unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise ber-lassen die Delegierten den Saal.

Wir muffen unseren Bericht leider mit ber traurigen Mitteilung schließen, daß unser Rollege und Delegierter Bret = finneider aus Gera bei einer Regespartie (anläglich bes Dampfer= ausflugs) einen Beinbruch davontrug, der ihn auf Monate der gewohnten Bewegungsmöglichkeit berauben durfte.

## Aus der Bewegung in der Textilinduftrie. Deutsches Reich.

(Bochenbericht.)

Die Bewegung der Wirker im Erzgebirge hat noch feine Beränderung auf amweisen und währt in ungeschwächter Kraft fort. Die Sandbruder in Benig (A. Glaser) stehen gleichfalls noch

unerschütterlich fest im Kampfe

Die Musfperrung in ber Spigenweberei bon Landmann und Sellwig in Zwidau dauert nun 7 Wochen. Trot der frampfhaften Remühung der Unternehmer und ihrer Selfer, Kaffierer Sufter und Meister Synet, ist es nicht gelungen, nennenswerte Arbeitswillige zu bekommen. Einen einzigen, 20jährigen gelernten Spikenweber Kollerer, befannt schon durch den Streit in Falkenstein, hat man heranlotsen können. Es arbeiten dann noch als Arbeitswillige Man icheint große Rofinen im Sade gu haben, denn der Brokurist Betfch, ein treuer Diener der Firma, hat einem ab-gereisten Arbeitswilligen unter vier Augen bei dessen Antritt versidert, innerhalb 2 Jahren sollen die Ausgesperrten keine Arbeit wieder erhalten; so habe es der sächsisch = thüringisch e Webereiverband beschlossen. Vetsch, der gern plaudert, hauptsächlich wenn er bei Ankunst eines Arbeitswilligen sich in froher Stimmung befindet, hat noch mehr aus-geplaudert, wonach selbstverständlich die öxtliche Organisa-tionsleitung ihre Taktik einrichten wird. Für die Plauberei danken wir deshalb dem Profuriften Betfch gang befonders. — Im übrigen ersuchen wir die Rollegen allerorts, dafür zu forgen, daß von Spiten= und Gardinenwebern Zuzug von Im id au streng ferngehalten wird.

Sehr ernste Differenzen sind in der Baumwoll- und Segeltuchweberei von Bm. Medels Nachflg. (Inhaber Paul de Weert) in
Ohligs ausgebrochen. Ausführlicher Bericht folgt.

Die Aussperrung ber Textilarbeiter in Befifalen (als geplant in boriger Nummer gemeldet) ist nun perfett geworden.

#### Husland.

Frankreich. Unsere französischen Kollegen werden vom 15. bis 17. August d. J. in Troyes ihren 10. Landeskongreß abhalten. Die Tagesordnung enthält 14 Kunkte; die wichtigken sind: dem Bundeskomitec (ungefähr dasselbe wie bei uns der Hauptvorstand) eine Vertretung auf den nationalen Rongreffen zu fichern, besgleichen auf den Begirts- und Branchenfongreffen; Berlangerung gleichen auf den Lezirfs- und Branchenkongressen; Verlängerung der Wartezeit für die dem Bund angeschlossenen Synditate, um ihre Nechte an diesem geltend machen zu können; Erhöhung der Beisträge an den Bund auf 10 Centimes pro Mitglied und Monat; das Cesets von 1850 (Gewerbeordnung); das Mehrstuhlsissen; sinanzielle Vilanz der Syndikate (dieselben follen über Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestand dem Bundeskomitee kurz vor jedem Landeskongreß Rechnung legen); der Terminhandel in Baumwolle; die Betriebsunfälle; wirksame Mittel gegen Aussperrungen; die Kongresse alle zwei Jahre abzuhalten (jeht finden sie jährlich statt); jedem angeschlossenen Syndikat die Vertretung auf dem Kongressau sichern; die Saltung der Arbeiter in Krieaszeiten: der Antiau sichern; die Haltung der Arbeiter in Kriegszeiten; der Anti-militarismus und seine Attionsmittel; welche Stellung würde der Bund eventuell zum Generalstreit einnehmen?

## Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Im Baugewerbe sind die Einigungsverhandlungen beendet. Es wurden eiwa 40 Lohngebiete mit über 100 Orten gezählt, wo Differenzen entstanden sind, die auf Grund örtlicher Verhands lungen nicht geschlichtet werden konnten. Fast sämtliche Streitig-keiten wurden durch Schiedssprüche erledigt. Die Parteien er-klärten dazu ausdrücklich, daß diese Schiedssprüche endgültig sein follen und weder einer Annahme bedürfen noch Ablehnung erfahren dürfen. Die letten Differenzen vom letten Streit im Baugewerbe find damit befeitigt.

In den Streif getreten sind fämtliche Arbeiter der chemischen Fabrik von Adolf Brüdmann in Oscherzleben. Nachdem über die Stundenlöhne eine Einigung erzielt war, berlangten die Arbeiter auch eine Regelung der Affordlöhne, was von der Fabrik-leitung auch zugesagt wurde. Die Verhandlungen mit ver Lohn-kommission der Arbeiter scheiterten jedoch, weswegen diese ein-mütig die Arbeit einstellten.

## Goziales.

Arbeiterverhältniffe in England und Deutschland. Das englische Sanbelsamt hat ein Gelbbuch herausgegeben, in dem die Löhne, Arbeitszeit und die Lebensmittelpreise einer Anzahl Städte hältnissen ergeben mit aller Deutlichkeit, daß der deutsche Arbeiter in jeder Beziehung schlechter gestellt ist als sein englischer Kamerad. Das Buch umfaßt 550 Seiten und bildet den zweiten Teil der vom Handelsamt unternommenen internationalen Erhebungen über Sandelsamt unternommenen internationalen Erhedungen über die Arbeitszeit, Löhne, Lebensmittelpreise, Wohnungsmiete usw. Die Untersuchungen waren sehr umfangreich, sie erstreckten sich auf 33 der hervorragendsten Städte mit zirka 9 Millionen Einwohnern und es wurden nicht weniger denn 5000 Familien befragt. Die englische Regierung hat hier also Material zusammengetragen von einem Umfange, wie es unseres Wissens die deutsche Regierung auf diesem Gediete noch nicht besitzt. Erhebliche Unterscheide unter Arbeite ergeben isch ichen hervollich der Wehrung. Während die schiebe ergeben sich schon bezüglich der Wohnung. Während die englischen Arbeiter zum größten Teil in kleinen Gin- oder Zweiengtschen Arbeiter zum gedien Leit in tietnen Eins boer Zweisfamilienhäusern untergebracht sind und 4—5 Räume zur Versfügung haben, besinden sich die Wohnungen der deutschen Arbeiter in der Regel in großen Mietskasernen; sie wohnen in jeder Beziehung viel schlechter und räumlich beschränkter. Wird der Preisder englischen Arbeiterwohnungen gleich 100 gesetzt, so kommt die der deutschen im Durchschnitt auf 123 zu stehen. Die Ernährung ift in England bekanntlich im allgemeinen eine viel beffere, reich haltigere, vor allem wird viel mehr Fleisch konsumiert, das dort viel besser und billiger ist. Dasselbe trifft zu auf das Brot; in England wird ausschliehlich das bekömmlichere und nahrhaftere Weizenbrot gegessen, in Deutschland das sättigendere Roggenbrot. Ein zahlenmäßiger Vergleich zwischen den Lebensmittelpreisen bei uns und in England ergibt, wenn man die englischen Preise gleich 100 fett, folgendes:

Ruder	119	Weizenmehl	140
Kartoffeln	88	Nindfleisch	122
Milch	<b>7</b> 5	Schweinefleisch	123
Sammelfleifch	137	Schaffleisch	137
Spect	123	Rohlen	124
Butter	105	Betroleum	135

alles übrige ist erheblich teurer. Das gleiche gilt für die Feuerung und im allgemeinen auch bezüglich der Befleidung und vieler. Wirtschaftsgegenstände. England kennt keine Schutzölle; das Rohmaterial gelangt viel billiger ins Land, die Industrie kann also viel billiger produzieren. — Nun beziehen sich die obigen Preise und die Vergleiche mit England nicht auf die neueste Zeit, sondern auf Oktober 1905. Seitdem sind in Deutschland die Lebensmittelpreise durch die letzte Zollgesetzgebung wieder erheblich gestiegen, nach den Berechnungen des englischen Handelsamtes das Brot allein um weitere 23 Proz. Wit der Steigerung der Lebensmittelpreise hat dagegen das Steigen der Löhne nicht Schritt gehalten; nach den im Gelbbuch angestellten Berechnungen beträgt die Lohn-erhöhung im Durchschultt aller Berufe nur 3—8 Proz. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter hat also gegenüber der ihrer englischen Brüder eine weitere Verschlechterung erfahren. Das allgemeine Resultat der Untersuchungen wird wie folgt zufammengefaßt: Der deutsche Arbeiter erhalt an Wochenlohn zirka 17 Proz. weniger, obwohl er etwa um 10 Proz. länger arbeitet Borten: Sein Stundenlohn beträgt eine drei Biertel des Lohnes feines englischen Balleau matter seines englischen Kollegen, während er andererseits die notwendigen Lebensmittel um ein Fünftel teurer kaufen nutz als in England. Die englischen und beutschen Löhne stellen sich wie 100:83;

die englische und beutiche Arbeitszeit wie 100:111. Im allgemeinen wird festgestellt, daß ein englischer Arbeiter, nach Deutschland auswandern und seine alte Lebensweise beibehalten würde; feine Ausgaben für Wohnung, Rahrungsmittel und Heizung um ein Fünftel erhöhen mußte, während ein beutscher Arbeiter, der nach England einwandern und seine alte Lebensweise beibehalten würde, seine Ausgaben um etwa 45 Proz. herabsehen

Den beutschen Gewerkschaften bleibt also noch viel zu tun übrig, um den Lebensstand ihrer Mitglieder auf bas Niveau ihrer englischen Kollegen zu bringen.

#### Volkswirtschaft.

In seiner "Wirtschaftlichen Rundschau" vom 28. Juni behandelt Max Schippel Rapitalsvermehrungen — Arbeitsmarkt — Eisenproduktion — Kohlengewinnung — Shnbitate und Abnehmer. Er fagt:

.... Gine früher weniger befannte und auf den erften Blid überraschende Tatsache ist diesmal, mitten in der Flauheit und Krisis, die starke Kapitalsbermehrung, die eine ganze Reihe großer Unternehmungen vornehmen und erstreben. . . . Im Grunde sind diese Borgänge jedoch gar nicht so unerkar-lich. Das frei versügbare, anlagesuchende Kapital war auf der

höchsten Stuse der Prosperität verhältnismäßig so knapt auf der berhöchsten Stuse der Prosperität verhältnismäßig so knap, daß man eine Menge damals eigentlich fälliger Wünsche nach Kapitalkeranziehung wohl oder übel zurückstellen nußte. Man holt also vielsach setz, in der Periode des Drucks nach, was man sich damals, in der Periode des Aufschwunges, versagen nußte. . Anderseits wird Beriode des Aufschwunges, versagen nußte. . Andrerseits wird man jedoch daraus schließen können, daß die Leiter der in Frage kommenden Betriebe mit ziemlichen Bertrauen in die Jukunft bliden und an eine verzweiselte allgemeine Lage nicht glauben.

Ditaen und an eine berzweiselte allgemeine Lage nicht glauben.

Lehteres scheint auch durch den Mai bericht vom Arbeits unarkt bestätigt zu werden. Mis gut bezeichnet das "Reichse arbeitsblatt" im Monat Nai die Beschäftigung: in der elektrischen und chemischen Industrie, im Lokonotive und Eisenbahnwagenbau, in Kohlenbergbau, in dem sich der Rückgang, der in den lehten Wonaten zum Teil eingetreten war, nicht weiter geltend machte. Zwar ruhig, aber doch überwiegend außreichend wird die Tätigesteit im Mageneine und Senezialmaistinsenbau genaunt. Sehr ger feit im Allgemein- und Spezialmaschinenbau genannt. Gehr crheblich hinter dem Borjahre bleibe die Bautätigkeit zurück, dann auf dem Gebiete der Metallindustrie die Blechwalzwerke und die Kleineisengewerke; ferner leide die Textilindustrie die Niedenkalzwerke und die Aleineisengewerke; ferner leide die Textilindustrie. Nicht ungünstig sieht dei den berichterstattenden Kransenkassen die Mitaliederzunahme vom 1. Wai auf den 1. Juni aus (mehr 47747 Personen); doch war dafür im vergangenen April die Zunahme perhältnismäßig schwach.

Die Sinnahmen der deutschen Gisenbahnen aus dem Güters berkehr sind dies Jahr vielleicht start durch die frühe Gröffnung der Binnenschissahrt beeinflußt. Immerhin zeigt der Mai, wie schon der April und März, gegenüber dem Vorjahre ein wesentslich schwächer pulsierendes Wirtschaftsleben . . ."

Die Steigerung der Kohlenausbeute sei also noch immer eine ganz ansehnliche. Doch sind die Absatzerhältnisse nicht nicht in alter Weise günstig; auch hier mache nian sich, wie beim Eisen, durch verstärfte Ausfuhr Luft. Diese Politik, nach außen hin mehr abzustoßen, um im Junern leichter die Preise halten zu können, fordere natürlich immer von neuem den Widerspruch der underen hranklassenden Architektungsberichten anderen, brennstoffverbrauchenden Produktionszweige heraus.

Dagegen fehienen bei manden anderen Berbanden die Ab n ch m er ihre Stellung zu festige.1, weil sich mit den Absatverslegenheiten der Hochmut der Syndikatsleiter notgedrungen eiwas lege. In der Textilindustrie hatte der Bergische Fabrikantenbers band auf der Grundlage der bon dem Verbande deutscher Detail-geschäfte aufgestellten Bezugs- und Zahlungsbedingungen Zugeständnisse gemacht. Darin spreche fich der Wandel der Zeiten gleichfalls aus; in den tollen Aufschwungsjahren schreibe der Produzent dem Abnehmer und Berbraucher, der Geldgeber dem Leihkapital-fuchenden die Bedingungen vor, während man bei sinkender Konjunktur eher froh sei, daß man noch Abnehmer finde und sein Leihtapital irgendwo noch unterbringen fonne; die Gegenseite bringe mit ihren Unsprüchen bor.

#### Gerichtliches.

Wegen Beleibigung bes Groffabritanten Bian, Burgermeifters bon Sentheim und flerikalen Lanbesausschufabgeordneten für ben hatten sich wie wir bereits meldeten, bor bem Schöffengericht Mülhausen i. E. die Genoffen Wich und Esell Schoffengericht Wullisch ist ein t. G. die Genoffen Wallind Stell und Bick, der die betreffende Rummer der "Mülhauser Volkszeitung" verantwortlich zeichnete, als Versbreiter des Artifels in Betracht. Es hieß darin, daß in der Fabrif des Herrn Bian in Gewenheim ein Arbeiter 42 Jahre tätig war, lange Jahre sei er als Webermeister in genannter Fabrik tätig gewesen. Als der Mann in seinem 61. Lebensjahre ben Dienst als Meister nicht mehr zu Zufriedenheit der Betriebsleitung vollbringen fonnte, wurde er aufgefordert, an zwei 10/4 Bebstühlen zu ar-Als es sich nun herausstellte, daß dieser alte ausgenützte Arbeiter diese schwere Arbeit nicht mehr verrichten konnte, so wurde ihm von der Fabrikdirektion aus gekündigt, und als Lohn für seine lange treue Arbeitszeit erhielt er ein Zeugnis, in dem es heißt: "Daß der Arbeiter 42 Jahre lang zur vollen Zufriedenheit der Firma gearbeitet hat." Einem anderen Weister, der 38 Jahre bei der Firma Bian beschäftigt war, sei es nicht besser tragagen. Statt daß die Löhne bei den teueren Zeiten erhöht wurden, trete eher das Gegenteil ein. Als an einem Montag die Arbeiter der Fabrit des Herrn Bian in Gewenheim von dem geringen Lohn erfuhren, ber ihnen am Dienstag ausbezahlt werden follte, gingen fie fcarenweise zum Direktor und verlangten eine Lohnerhöhung, und als diese verweigert wurde, traten die Arbeiter in den Streik. Familienväter wurden mit 15 bis 16 und 17 Mf. in 14 Tagen für schubnummer 3 und 4 gearbeitet, und für diese Arbeit diese so

Aus obigem geht hervor, daß in Deutschland nur zwei Lebens- 10/4 Breite arbeiteten, seien etwas glücklicher. Diese könnten mittel, die Kartoffeln und die Mild, billiger sind als in England; noch 25 bis 33 Mt. verdienen. Die Arbeiter versuchten nun durch noch 25 bis 33 Mt. verdienen. Die Arbeiter versuchten nun durch Bitten den Arbeitgeber zu bewegen, die Löhne wenigstens soweit zu erhöhen, daß es ihnen möglich wäre, doch 2 bis 2,40 Mf. pro Tag zu verdienen. Richts habe es aber gegeben! "Es gibt jeht neue Webstühle englischen Shstems und da könnt ihr nachher auf 3 statt wie jest auf 2 Stühlen arbeiten!" so lautete die allergütigste Antwort. Als die Arbeiter am Dienstagmorgen ihre so hohen Löhne in Empfang nehmen wollten, war auf jeder Seite des Auszahlers ein Gendarm postiert. Also unter Polizeiaussicht wurde die Lohnauszahlung vorgenommen. Die Arbeiter, die es dis dahin in ihrer Mehrzahl verfäumt hatten, sich der gewertschaftlichen Organisation anzuschließen, mußten unter diesen Umftänden, ohne etwas zu erreichen, nach 21/2 tätigem Streif die Arbeit wieder aufnehmen. In einer Scheune mußte ihnen der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverhandes in einer Versammlung ihre elende Lage, in der fic fich befinden, auseinanderseten und ihnen den Weg weisen, den fie in Zufunft zu gehen haben. Richt einmal ein Wirt wagte es, gegen den Willen des so gewaltigen Herrn Bian ben Arbeitern sein Lokal zur Berfügung zu stellen, trothem auch die Geschäftsleute in diesem Tale start unter dem Druck dieses

Hind diefer Hatten.

Und diefer Herr Bian sei Inhaber einer ganzen Anzahl Arbeiterwohnungen. Auch ein eigenes Konsumgeschäft habe die Fabrikleitung gegründet. Dem Arbeiter werde schon die Miete wie die Ladenschulden vom Lohne abgezogen, ob ein anderen Geschäftsmann von dem Arbeiter auch von der die gerenn habe.

schäftsmann von dem Arbeiter auch noch etwas zu fordern habe, darüber lasse sich Herr Bian keine grauen Haare wachsen, wenn nur bei ihm die Sachen beglichen seien.

Ferner hatte sich Genosse Wich wegen einer Aeußerung, die er in einer Wahlrechtsversammlung am 26, Januar dieses Jahres in Thann, anschliegend an die Besprechung der hoben Gummen, die aus den Groschen ber Steuerzahler ausgegeben wurden für die Kaiserjagd in Haslach, Hohkönigsburg usw., getan hatte, zu verantworten.

Die Angeklagten traten ben Beweis ihrer Behauptungen an.

Die Beweisaufnahme hatte folgendes Ergebnis: Der erste Zeuge, ein alter Arbeiter, der 42 Jahre in der Fabrik des Ferrn Bian in Gewenheim tätig war, fagte aus, daß er im Alter von 61 Jahren seines Bostens als Webermeister, den er schon Jahrzehnte inne hatte, enthoben und an eine Arbeit gestellt wurde, die er nicht mehr leisten tonnte, weil sie für ihn zu scholle war und er an dieser Arbeit frank wurde. Er selber habe den Herrn Bian gebeten, dieser möge ihm eine leichtere Arbeit geben, die er noch verrichten könne. Diese Bitte habe aber keinen geben, die er noch verrichten konne. Dieze Blite habe aber keinen Erfolg gehabt. Der von Herr Bian geladene Direktor der Fabrik, Herr Weimann, behauptete allerdings, daß der alte Meister wegen Trunkenheit seines Postens als Weister enthoden wurde. Der alte Arbeiter bestritt, daß er seine Pflicht vernachlässigt habe. Testgestellt sei hier, daß die Firma dem alten Arbeiter ein Zeugnis ausstellte, daß er 42 Jahre zu ihrer vollen Zufriedenheit gearbeitet hat. Trot dieses Zeugnisses wird dieser alte Arbeiter nachträglich als Trinker beseichnet

als Trinker bezeichnet! Durch eidliche Zeugenaussagen wurde auch festgestellt, daß ein Durch eidliche Zeugenaussagen wurde auch festgestellt, daß ein Arbeiter, der 45 Jahre in der Kabrit des Herrn Bian fätig war, mitsamt seiner Frau, die schon 35 Jahre dei Herrn Bian arbeitete, und seinen vier Kindern von der Firma Bian entlassen wurde, weil man, wie der Fabrikangestellte Weimann mit großer Offenheit des stätigte, hinter dem Arbeiter einen Anstister einer Lohnbewegung vermutete. Festgestellt wurde auch, daß der Durchschnitissohn in der Fabrit des Herrn Bian nur 23,50 Mt. beträgt für zwei Wochen. Familienväter sind schon mit einem Lohn von 16 Mt. in 14 Zagen abgespeist worden. Und mit solchen Löhnen soll ein

Familienvater in diesen teuren Zeiten eine Vamilie ernähren!
Ferner wurde in der Gerichtsstigung seitgestellt, daß die Arbeiter, die im letzten Winker wegen Lohntürzung die Arbeiteniederlegten, dei ihrer Wiedereinstellung sich schriftlich verpflichten mußten, daß sie nichts mehr gegen die Firma Bian unternehmen. Also mit anderen Worten: Die Arbeiter werden in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte gehindert, das Koalitionsrecht wird ihnen

Das Gericht fam aber trot aller dieser Feststellungen zu der Ueberzeugung, daß cs den Angeklagten nicht gelungen fei, den Bahrheitsbeweiß für ihre Behauptungen zu erbringen, und cs

Wahrheitsbeweis fur ihre Behauptungen zu erdringen, und es berurteilte die beiden Sünder, die es gewagt haben, einen Herrn Bian anzugreisen, zu einer Freiheitsstrase. Kollege Gsell erhielt, wie schon mitgeteilt, zehn Tage Es fängnis als Verfasser und Genosse Wich als Verbreiter des unter Anklage gestandenen Artisels vierzehn Tage Ge-fängnis. Wegen der Aeußerungen in der Wahlrechtsversamm-lung erhielt Genosse Weiter wierzehn Tage Gefängnis. Diese beiden Strafen wurden zu drei Wochen Gefängnis zusammen-

Das gleiche Gericht berurteilte in derselben Sikung einen christlich organisierten Arbeiter, der dem Mülhauser Angestellten des Deutschen Maurerverbandes, Genossen Wolf, in einer öffentstellten Maurerverbandes, Genossen Politikatik barenwaren, katta des dieser sich bar einem des Beltigen Walterverbandes, Genosser Wolf, in einer offentslichen Wirtschaft vorgeworsen hatte, daß dieser sich von einem Undernehmer habe Ich mieren lassen und Lexbandssgelder unterschlagen habe, zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark. Dabei ist noch zu beachten, daß der Christliche nicht den geringsten Beweis für seine Behauptungen hat erbringen können, und daß Genosse Wolf vor Anstrengung der Beleidigungsklage den christlichen Arbeiter ausgesorbert hatte, feine unwahren Behauptungen gurudgunehmen, mas diefer aber nicht tat.

Die Urteilsbildung über ben Unterschied diefer zwei Urteile überlaffen wir aus leicht begreiflichen Grunden unferen Lefern

## Aus Unternehmerkreisen.

Gin neuer Scharfmacherverband für Gudweftbeutichlanb.

In Mannheim waren etwa fünfzig Großindustrielle unter Borsit des bekannten Textilindustriellen Schlumberger aus Mülhaufen (Elf.) zusammengetreten, um für Elfaß, Baden, Sessen, Sessen-Nassau und Pfalz einen Verband zu gründen, der die Aufgade verfolgt, bei der bevorstehenden Revision des Kranken-tassengesetz die Ortskrankentanken zugunsten der Betriebskrankenkassen, also des Unternehmertums, zu bekämpfen. Der neue Verband soll in Mannheim seinen Sit haben, im übrigen, gleich dem Berband für Suddeutschland (Augsburg), dem im borigen Gerbst gegründeten Berbande der Betriebsfranken-fassen (Effen) beitreten, welchem von den 7700 deutschen Betriebsfrankenkaffen bereits über 1300 mit ctwa 120 000 Berficherten angehören.

Der neuen Rampforganisation werden die Arbeiter ihre Auf-

mertfamteit ichenten muffen.

Der Berband Gadfifch=Thuringifder Webereien gibt feinen Geschäftsbericht für 1907 heraus, dem wir folgendes entnehmen: Der Berband, jest im fünften Berbandsjahre stebend, repräsentiert ver verband, jegt im funften Verbandsjagte liehend, teptalentert die Produktion von 36 076 mechanischen Webstühlen und zählt 262 Firmen als Mitglieder, die sich auf die Ortsgruppen Greiz, Gera, Reichenbach-Wylau-Netsschlan, Weerane-Glauchau, Ronneburg-Weida, Elsterberg und Köhneck, sowie auf einige wenige an der Peripherie des Verbandsbezirks liegende Einzelorte verteilen. Der bedeutende Witgliederzuwachs erklärt sich durch den Beitritt bon 28 Firmen der Streichgarnwarenbranche aus Reichenbach und Bögned

598 Lehrlinge führte der Verband den Webereien im Verbandsgebiete zu. Mit der Korporation der Fabrikanten der Spachtel-und Tamburindustrie in Blauen i. B. wurde eine Interessengemeinschaft abgeschlossen.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie hielt dieser Tage in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die

"horrenden" Löhnel Arbeiter, die auf zwei Stühlen von 8 dis Berhandlungen Leitete der erste stellvertretende Borsikande, Herr

ging hervor, daß der Berband auch im berfloffenen Jahre weitere organisatorische Fortschritte gemacht hat und daß demzufolge die Arbeiter alle Ursache haben, auch ihrerseits alle Sebel in Bewegung zu seben, um das entsprechende Gegengewicht in der Bergrößerung ihrer Organisation zu schaffen.

## Aus Handel und Industrie.

Wie die Ariegsfeze und Säbelraffler die Industrie schäbigen. In folch schweren Zeiten wirtschaftlicher Tepression, wie den gegenwärtigen, sollte doch alles vermieden werden, was geeignet ist, einer Weltindustric, wie die deutsche Industrie eine ist, neue Schwierigsteiten zu bereiten. Namentlich sollte man das erwarten können von Versonen, die, wie unsere Kriegsfeze und Säbelrassler, zu den gesellschaftlich überflüssigiten, ja geradezu igädlichen Elementen gehören. Aber gerade das Gegenteil sehen wir hier. Mit geradezu verbrecherischer Leichtfertigfeit spielen die bezahlten Soldschreiber der Ariegsmateriallieferanten und sonstiger am Ariege interessierter Kapitalisten in den kapitalistischen Zeitungen mit der Eventualität eines Krieges, nicht bedentend, daß dadurch nicht nur unfer eigenes Bolk beunruhigt, jondern auch unsere Industrie in ganz zweckloser Weise in immer neue Schwierigkeiten gestürzt wird. Die ausländischen Kaufleute, welche von der deutschen Industrie Waren beziehen, kommen schließ-lich zu der falschen Aunahme, das ganze deutsche Volkseiselschen, kommen schließ-kriegerisch gestimmt, wie jene unverantwortlich leichssinnig handeln-den Vriegskere in der deutschen birrerischen Vreise. den Ariegsfere in der deutschen bürgerlichen Presse. Und die Folge riner solch blödsinnigen Kriegshehe ist dann in der Regel ein Abbruch der bisherigen Handlesbeziehungen und damit eine schwere Schädigung der Industrie. Und gerade gegenwärtig wird, aus Anlas des Sultanstreites in Marolfo, der Kriegsteufel wieder einnal indberblümt an die Wand genalt. Da ist es denn kein Wunder, wenn schließlich solche verklaufulierten Bestellungen eingehen, wie nachiologiede die Mir dem Annkert in nair" entrehven. die nachfolgende, die wir dem "Confectionair" entnehmen. Giner großen Berliner Firma ging nämlich folgender Auftrag gu: "Wir bestellen Ihnen hiermit gur Ablieferung per 1909

taufend Dutend Ar. . . Die Lieferung ber bestellten Bare hat zu unterbleiben, salls das Deutsche Reich in diesem oder im nächsten Jahre in einen Krieg verwickelt werden sollte." Diese kurze Notiz spricht Bände von der Schädlichseit des Treibens dieser Kriegssege. Demgegenüber gilt es immer und innmer wieder, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die organi-sierte Arbeiterschaft und auch die deutsche Industrie, ausgenommen die Armeelieserganten und Levennen, wie Ranzerplattenschristenen die Armeelieferanten und Kanonen- wie Panzerplattenfabrikanten, biefem Kriegsrummel nicht nur bollig fernftebt, fonbern ihn auch mit aller Entschiebenheit befämpft. Das bentiche Bolt hat wahrlich feiner würdigeren Aufgaben gu lofen, als bie Rriegsfadel in Brand gu fteden und eine alle Barbarei in ben Schatten ftellenbe Maffenmorberet in Ggene gu feten.

Ermäßigung des Reichsbankdiskonts. Die deutsche Reichsbank hat am 18. Juni den Diskontjat von 4½ auf 4 Proz. und den Lombard-Zinsfuß von 5½ auf 5 Proz. reduziert.

Bieviel Spigen und Stidereien exportiert Deutschland? Herniber gibt die neue Handelsstatistit Deutschlands für das Jahr 1907 Auskunft:

Die baumwollenen Spiken stehen obenan; sie erreichen aber doch nur den Betrag von 20673 Doppelzentnern (zu 100 Kilo-gramm) im Werte von 88227000 Mt.

gramm) im Werte bon 88 227 000 Mf.

Die baumwollenen Stidereien stehen mit der Exportziffer 14 276 Doppelzentner im Werte bon 28 221 000 Mf. zu Buch.
Diese Summe setzt sich zusammen aus 6233 Doppelzentnern Plattzstäckstein im Werte bon 11 339 000 Mf., 801 Doppelzentnern Kettenstickstäckereien im Werte bon 1284 000 Mf. und 7242 Doppelzentnern "andere Baumwollstickereien" im Werte bon 15 598 000 Mark.

Die schweizerische Statistik verzeichnet 1907 im Export für 140 494 000 Frank "Platistichbesabartikel", für 11 581 000 Frank Lettenstichstidereien und für 9 763 000 Frank Tülls und Nets

Daneben verzeichnet die deutsche Statistik noch einen Export an "seidenen Spitzen und Stickereien": 1599 Doppelsentner im Werte von 6 908 000 Mk., während der schweizerische Seidenstickereiexport einen Wert von 6 825 129 Frank erreichte.

Der Gesamterport Deutschlands an baumwollenen und seidener Spiken und Stidereien erreichte 1907 den Betrag von 67 356 000 Wark ober 84 195 000 Frank. Die schweizerische Aussuhr an baum-wollenen und seidenen Stidereien allein betrug 1907: 168 746 000 Frank, also das Doppelte der deutschen Aussuhr.

#### Technisches.

Berbefferungen beim Farben von Bolle und Bollenftoffen gerbenerungen beim Farben von Avolle und Adlentioffen sollen bei Anwendung eines in England patentierten Verfahrens erzielt werden. Die Verbesserungen sollen hauptsächlich in der Beschandlung der Wolle vor dem Färben in einer kalten Lösung von kaustischem Natron, zu dem Zwecke, die Anziehungskraft für Farbstoffe zu erhöhen, bestehen. Es habe sich herausgestellt, daß, wenn Wolle eine Stunde lang in kaustisches Natron von 0,7 Grad B bis 35 Grad B bei einer Temperatur von 5 Grad bis 10 Grad C einzgeweicht wird, ihre Anziehungskraft für Farbstoffe dis zu ungefähr 20 Grad B beständig wachse, und alsdann wieder abnehme, dis bei 25 Grad B kein bewerkenswerter Unterschied zwischen zu behandelten 35 Grad B kein bemerkenswerter Unterschied zwischen der behandelten und der gewöhnlichen Wolle bemerkbar sei. Die behandelte Wolle besitzt auch eine erhöhte Anziehungsfraft für Beizen, und erfordere außerdem weniger Farbstoff, um eine gegebene Farbung zu er= zeugen, als gewöhnliche Wolle. Um gleichmäßige Resultate zu er= zeugen, als gewohnliche Wolle. Um gleichmäßige Rejultate zu erhalten, müsse die Dichte des kaustischen Natronbades konstant erbalten und dieselbe Temperatur von Beginn dis zum Ende beisbehalten werden. Die Waren müßten auch ganz genau eins und dieselbe Zeit der Behandlung unterworsen werden. Kertesz und Buntrock hätten gezeigt, daß Wolle, welche mit kaustischem Natron von 42 Grad B behandelt worden ist, in gewissen Sinne mercerisiert sei, aber das genannte Patent enthalte das erste suskanzen Studium der Wirkung des kaustischen Natrons dei schwächeren

## Vermischtes.

Bachfenbe Musficht auf Ginführung bes Frauenftimmrechts in Wachsende Aussicht auf Einführung des Frauenstimmrechts in England ist vorhanden. Die Regierung zeigt sich bereit, der der Energie der Frauenstimmrechtsbewegung zu kapitulieren. Das erbellt aus der Antwort, welche Asquith einer Deputation von liberalen Abgeordneten gab, die Befürworter des Frauenwahlerechts sind. Der Minister erklärte, die Regierung werde noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode eine Vorlage zu einer Wahlrechrm eindringen. Sie habe nichts dagegen, wenn aus dem Hahlrechts auf die Frauen bringt. Das Frauenwahlrecht soll also als Teil einer Wahlrechtsreform überhaupt kommen. Wie diese Wahlrechtsesen undsehen wird, darüber äußerte der Minister nichts Bestimmtes. Immerhin erklärte er, sie solle "die aus dem derworrenen Stande der Wahlgesete folgenden Uedelstände heilen worrenen Stande der Wahlgesete solgenden Uedelstände heilen die Länge der zum Erwerd des Stimmrechts notwendige Seshaftigseit, das mehrsache Stimmrecht und die der Wahlbefähigung". Des weiteren meinte er, das Frauenstimmrecht müsse "demoden» and date einde sociale au eine wahreigen sein aus dem Halle sagtiechts ein Ziefale in Ziefale ziefale ziefale ziefale ziefale ziefale ziefale z

Kommerzienrat Stark-Chemnis. Es hatten sich Teilnehmer aus bemokratische Förderation es fordert, oder als Damenborrecht, wie Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Thüringen, Westfalen und den Keinfanden eingefunden. Aus den Mittellungen des Borsitzenden ben wieder wegen einer Demonstration Stimmrechtlerinnen berhaftet, die meisten aber gegen eine Kaution wieder entlassen. Zwei, die dem Premierminister Fenster eingeworfen hatten, wurden zu je zwei Monaten Gefängnis berurteilt.

### Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. In Nr. 147 des "Aachener Anzeiger", welcher auch den Beinamen "Bolitisches Tageblatt" führt, macht ein angeb= licher Fabritant seinem gequälten Herzen etwas Luft. Stellungnahme gum Zweiftuhlinftem, die Ungufriedenheit der Nachener Arbeiter, die uberaus hohen Löhne, welche von ben hiefigen Tuchwebern berdient werden, die "Unverschämtheit" der streifenden Weber von Königsberger, welche darin besteht, daß set nichtenben weier von konngsverget, weiche darm besteht, daß sie sich nicht willenlos eine ganz erhebliche Lohnreduktion aufsoftropieren lassen wollen, alles das hat es dem höchst streitbaren Herrn angetan. Und so schimpft er denn nun wie ein Rohrspak auf den "sozialdemokratischen Textilarbeiterberband", und auf den "Textilarbeiter". Die beiden macht er für alles verantwortlich. Verantwortlich dassign das den Aachener Tuckschrikenten nicht Berantwortlich dafür, daß es den Aachener Tuchfabrikanten nicht noch in weit größerem Maße gekungen ift, die Aachener Textilarbeiter auszubeuten. Berantwortlich dafür, daß die Weber des Nachener Bezirks so geschworene Feinde des Zweistuhlspftems sind, so daß es des offenen Berrats der christlichen Verbandsleitung bedurfte, um den Willen der Fabrikanten durchzuseten. Für dieses Bravourstü**dchen** ernten die "Christen" nun auch den Dank, der

darin besteht, daß man sie unbeachtet läßt. Die ganze blöde Wut richtet sich denn auch lediglich gegen uns. Mag er sich austaden! Bauten. Sonnabend, 20. Juni fand eine leidlich besuchte außerordentsiche Generalversammung statt. Die Univandlung der Einzelmitgliedschaft in eine Filiale wurde einstimmig beder Einzelmitgliedschaft in eine Filiale wurde einstimmig beschlossen. Bor den Reuwahlen gab der Vorsitzende Aug. Steldt einen kurzen Ueberblick über seine Tätigkeit im Halbjahr 1908, woraus 11. a. zu ersehen war, daß wir einen ziemlichen Witgliederzuwachs zu verzeichnen haben. In den Vorstand der Filiale wurden gewählt als: 1. Vorsitzender Aug. Steldt, 2. Vorsitzender T. Hauft als: 1. Vorsitzender Aug. Steldt, 2. Vorsitzender T. Hauft al, 2. Schriftsührer E. Aleinstück. Kollege Parl Unger wurde einstimmig aus unseren Meihen ausgeschlossen. Vieleskelb. In der "Wechanischen Weberei-Attiengesellschaft" wird bei verkürzter Arbeitszeit genweitet; verkürzt ist dieselbe um 2 Stunden täglich, wöchentlich um 10 Stunden. In den beiden

2 Stunden täglich, wöchentlich um 10 Stunden. In den beiden Spinnereien "Ravensberger Spinnerei" und "Borwärts" ist ebenfalls die Arbeitszeit verkurzt. In "Borwärts" teilweise, in der "Ravensberger" ebenfalls um 10 Stunden wöchentlich. Die letztere Firma ist aber doch so human, ihren Arbeitern von den 20 Stunden Lohnausfall pro 14 Tage 10 Stunden auszugahlen, so daß der wirkliche Lohnverlust für die Arbeiter nur für 10 Stunden in

Betracht fommt. In den anderen Webereien sollen auch noch im Laufe dieses Wonats Feierschichten eingelegt werden. Friedland (Bez. Breslau). In der am 25. Juni abgehaltenen außerordentlichen Versammlung erläuterte zunächst der Bevolls-mächtigte die Bestimmungen des weuen Vereinsgesches und beleuchtete bessen Rachteile und Vorteile für uns. Im Anschluß baran erfolgte die Umwandlung der Einzelmitgliedschaft in eine Filiale. Bei der Borstandswahl wurde der bisherige Bevollmächtigte Kolslege Lieb ig zum Vorsitsenden gewählt, ihm aber auch gleichzeitig die Führung der Kassengeschäfte mit übertragen. Gemäß den Beschlüffen der letzten Generalversammlung wurden aus der Neihe der weiblichen Mitglieder 3 Bertrauenspersonen gewählt, die im Borstande Sitz und Stimme erhalten und besonders der Agitation unter ihren Mitarbeiterinnen sich zu wömen die Aufgabe haben sollen. Da in letzter Beit bezüglich des Besuchs unserer Zusammentünfte sehr viel zu wünschen übrig blieb, wurde die Einstihrung einer Versammlungskontrolle beschlossen. Die Mitglieder haben danach fünftig ihr Mitgliedsbuch in jede Versammlung mitzubeingen und wied der Besuch durch Stempel bestätigt. Zedem gubringen und wird der Besuch duch Stempel bestätigt. Jedem Mitglied wird zur Pflicht gemacht, mindestenst alle Viertelsahr einmal in einer Versammlung zu erscheinen. Ein Witglied, das auch gleichzeitig dem Gewerbereur (H.-D.) angehört und das der einiger Zeit dem Bebollmächtigten schriftlich aufgesordert worden war zu erklaren, ob es nur bei uns ober nur im Gewerkberein Mitglied bleiben wolle, eine befinitive Erklärung aber bisher nicht abgegeben hat, wurde aus dem Verband ausgefoloffen. Wit Erftattung des Kartellberichts und Erledigung interner Angelegen-heiten fand die leider wiederum nur mäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Fulbn. Die Zeichen geschäftlichen Niederganges machen sich auch hier in Fulba immer mehr bemertbar, und so tam es, daß am 13. Juni in den "Bereinigten Schuhstofffabriken Fulda" acht Wann, ungefähr zehn Krozent der gesanten Arbeiterschaft, die Kündigung erhielten. In Betracht kamen fünf Christliche, ein Freier und zwei Unorganisierte. Die Christlichen septen nun eine große Aftion in Szene und beriefen zwei Fabridersammlungen ein (oder besser Gebeimbersammlungen; denn wer nicht christlich mar, wurde ausgewiesen). Mittelst eingeschriebenen Briefes gaben sie der Fabrikleitung zu verstehen, daß sie mit dem Arbeiterausschuß zwecks Zurücknahme der Kündigung und Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde täglich in Verhaudlung treten sollte. Die Antwort war wirklich hart für die armen Christen. Aurz und bündig erklärte die Kokrikleitung der die Dündigung Sack der Dürektion und des West-Fabrikleitung, daß die Kündigung Sache der Direktion und des Werkmeisters sei, der Ausschuß habe hier nicht mitzureden. Auch eine nochmalige Borstellung seitens des Bezirksleiters Müller war erfolglos. Das köstlichste an der Sache ift aber, daß sich hier die frommen und frömmsten Christen gegenüber stehen. Der Direktor 3. B. ist sehr fromm, geht viel in die Kirche, und wird mit Hülse von Arbeiterftimmen in das Stadtparlament gewählt. Für letteres erzeigt er sich erkenntlich, indem er, wie im letten Winter, als eine Hundefälte in der Fabrik herrschte, dem Arbeiterausschuß auf dessen Vorstellungen hin den wohlmeinenden Rat erteilte: "Ich will nicht Vorstellungen hin den wohlmetnenden Kat erfeilte: "Ich will nicht haben, daß jemand krank wird, wer es nicht ertragen kann, muß es eben ändern." Die Seele des Ganzen aber, der Reichstagsabgeordnete Kichard Müller, der so gern möchte, daß möglichst viele Arbeiter in den Reichstag gewählt würden, da sich jeder selbst der nächste sei (Sehr zutreffend. D. B.), der den Arbeitern in Berfammlungen nicht oft und laut genug zurusen kann: "Organisiert Such!" (natürlich christlich, das tut ihm nicht wehl), der seine Arbeiterfreundlichkeit im hellsten Lichte erstrahlen läßt, indem er Suppenanstalten und Josephheime baut, wo weibliche Arbeitssippenanitaten im Ispjephjetine vallt, ibb weiblige Arbeits-fräfte bei Beten, Fasten und Almosengeben sich auf den Himmel vorbereiten dürsen, und auf diese Weise den Zentrumssadrisanten willige und billige Arbeiterinnen liesert, zum großen Schaden der einheimischen Arbeiterschaft, wird, wenn es wieder Stimmen für ihn zu sangen gibt, den Arbeitern erklären, daß er der arbeiter-freundlichse Wann von der Welt sei. Es wäre übrigens eine schöne Aufgabe für die christlichen Gewerkschaften, die Jusassen 

ginge es nicht. Es ift in anderen schwarzen Gegenden gegangen und so muß es auch in Fulda gehen, mit und durch ben "Berband deutscher Textilarbeiter".

Gera. Unsere verinigten Websabrisanten haben wieder ein bischen nachgegeben. Nicht etwa in Lohnzulagen — darüber haben sie sich noch ausgeschwiegen —, sondern betreffs der Zusammenssehung der Fabrikausschüsse. Auf unsere Eingaben und Vorstelligwerden der Kollegen in allen Betrieben, doch endlich in den Geraer Webereien ebenso wie bei der Ortsgruppe Greiz die Wahl der Fahrikausschüsse. Den Beschäftlichen selbit zu überlassen ist der Fabrikausschiffe den Beschäftigten selbst zu überlassen, ist jetzt durch Anschlag bekanntgegeben, daß die Beschäftigten drei wählen dürsen und der Fabrikant dazu zwei ernennen will; lettere würden aber nicht aus den Reihen der Beamten oder Ungestellten genommen.

Dieses "Entgegenkommen" ist gegenüber der im Jahre 1905 getroffenen Anordnung eine kleine Berbesserung, indem damals die Hälfte des Fabrikausschusses ernannt werden sollte. Die Arbeiters chaft lehnte aber ein foldes Monstrum ab; Wahlen kamen wegen demonstrativer Nichtbeteiligung nicht zustande, die Parteien gaben nicht nach, so daß bis heute die offiziellen Fabrikausschüffe zur Regelung etwaiger Differenzen fehlen. Für beide Teile wäre es gut, wenn Fabrikausschüffe in Funktion wären. Der jehige Justand ist unhaltbar. Aber dazu hat es bei der Ortsgruppe Gera des Verbandes Sächsischen hat es der der Artsgrippe Geta des Verbandes Sächsischen Kunigischer Webereien noch nicht gelangt, den Wunsch der Arbeiterschaft, ihr die Wahl selbst zu überlassen, zu gewähren. Wahrscheinlich sind sie mistrautischer als ihre Greizer Kollegen und wittern die Preisgabe eines Tipselchens den ihrem Ferrenstandpunkte, wenn sie sich dei Zusammenschung bon ihrem Serrenstandpunkte, wenn ne na ver Jupananten bon ihrein Serrenstandschiffe nicht mit dreinmengen dürften. In Ereiz ift laut Fabrikordnung nur die eine Bedingung, daß 3 in Afkord sein kehende Beschäftigte in den Ausschuß zu und 2 in festem Lohn seinende Beschäftigte in den Lusschuß zu wählen sind. Für die Geraer Tegtilarbeiter entsteht nun die Frage, ob das jetige Angebot annehmbar ist oder ob man so lange warten will, die Bedil des ganzen Arbeiterausschusses den Beschäftigten überlassen wird? Es sprechen eine große Anzahl Gründe für Annahme des Angebots.

Gera. Delegationen aus den Teppichfabriken in Gera, Gifenberg und Münchenbernsborf waren am 28. Juni in Münchenberns-borf zu einer Lussprache versammelt. Beida war auch eingeladen, aber nicht erschienen. Es handelte sich darum, für genaunte Orie einen einheitlichen Lohntarif vorzuvereiten. Junächst vourden die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gegenseitig mitgeteist; da gibt es noch vieles zu verbessern. Das die Teppichsabrikanten jett schon Arbeits- und Lohnverbesserungen gewähren können, be-weist, daß in einem Betriebe das Warten auf Arbeitsmaterial und das Warter bei Stuhlbruch entschädigt wird, in den anderen aber nicht. Und dabei zahlt der erstere Betrieb überhaupt höhere Aftord-Die Löhne find überhaupt fehr unterschiedlich; in Münchenbernsdorf find fie am niedrigsten. Es wurde beschloffen, daß für die zwei Gerace Teppichfabriten eine Besprechung einberusen wird, in der eine Tariffoninisssion zu wählen ist. Ju dieser Kommission haben die Orte Weida, Eisenberg und Münchenbernsdorf ebenfalls Delegierte zu senden. Als nächste Aufgabe wird der Tariffoninission die Anfertigung eines Lohntarifs zuteil; sie hat geeignete Unterlagen von auswärtigen Teppichwebereien einzuholen. Dieser neue Tarif soll nicht nur für die Weber, sondern für alle in den Teppichs webereien Beschäftigten ergänzt werden. In einigen Wochen hofft man, diese Borarbeit erledigt zu haben. — Der Geschäftsgang ist wieder etwas beffer.

wieder etwas beher.

M.-Clabbach. (Hirsch = Dundersche Taktik.) Seitsbem in Krefeld die Tegtilarbeiteraussperrung beendet ist, glauben die Hirsche, ihr Beizen sei nun hier am Niederschein am Nücker. Bereits in der Nummer 10 des Hirsche Dunderschen Bereinsblättigens hatte man das Flugblatt der sogenannten Opposition im Wortlaut zum Ndruck gebracht, mit der Bemerkung, die darin behaupteten Tatsachen hätten auch die Kührer auf der Leipziger Generalbersanntung nicht wiederlegen können. Dabei haben die Kührer nichts anders getan der beseiche Ketromma, als was die Kührer der Kristische und der Christische Bewegung, als was die Führer der Hirsche und der Christlichen auch taten. So erflärte der Hirsch-Dundersche Führer Müller einem unserer Kollegen: Den Kompf müssen wir abbrechen, wir fönnen und nicht von den Unternehmern unfere Roffe leermachen alle drei Organisationen seien sich darin einig, daß jede Unterstützung versagt werden muß, auch weim die Mitglieder, wie man Miller entgegengehalten hatte, aus dem Berband austreten wollten. Dies könne sie nicht abschrecken, ihren Standpunkt auf-zugeben. Als dann aber der Deutsche Textilarbeiterverband seithielt an diesem Beschluß, bewilligten die Hirterstützung, da sie dachten, auf diesem Wege "die, welche nicht alle werden", ein= aufangen, um ihrem an Mitgliederschwindsucht leidenden Organi-sationchen aufzuhelsen. Als Entichuldigungsgrund gab Müller an, der Generalrat hätte im Interesse der Arbeiter anders beschlossen. Als nun der Deutsche Textilarbeiterverband und die Christlichen nach den Verhandlungen des Krescher Bürgermeisters, wodurch die Aussperrung beendet wurde, ebenfalls Unterstützung auszahlten, sowohl an Streifende wie an Ausgesperrte, da ging man, weil man nicht auf seine Rechnung gekommen war, dazu über, an die niedrigsten Instinkte dersenigen zu appellieren, die man vorerst auf das schärfste mit verurteilt hatte. In Nr. 11 berichten die Firsche über die von der Opposition einberusene Versammlung und geben die Aussikrungen dieser Leute wieder, die die angeblich hohen Ausgaben für Bureaueinrichtungen im Zeutralborstand fabelten. Ob dies Neid oder Bosheit darüber ift, daß das Verbändehen für derartige Anschaffungen keine Berwendung hat, das überlassen wir dem Urteile der Deffentlichkeit. Jedenfalls zeugt es von Dummbeit und Rücktändigkeit, wenn nan glaubt, auf solche Art Mitglieder zu gewinnen. Nach Mitteilung feiner eigenen Gewerkschaftskollegen foll Serr Müller in der Berfammlung bei Heinen gewaltig über die bösen Beamten des Tertilarbeiterver-bandes hergezogen haben. Warum hat er denn selbst nach kurzer Tätigseit in M.-Gladbach und Umgegend wieder den Staub von feinen Füßen geschüttelt? Doch wohl nur darum, weil keine Auß-sicht vorhanden war, auf die Dauer einen Girsch-Dunckerschen Beamten halten zu können.

Grünberg i. Schl. Bis jett war von der allgemeinen Geschäftiskrisis in unserem Orte noch nicht viel zu spüren. Jett aber zeigt sie sich auch in unserer Stadt. In dem größten Betriebe (Engl. Bollw-Manufaktur) wird in mehreren Abteilungen nur (Engl. Wollw.-Manufattur) wird in niehreren Avieilungen nur noch 5½ Tage gearbeitet, und wie man hört, soll die Arbeitszeit noch auf 5 Tage reduziert werden. Seit Jahren sind die Arbeiter dies Betriebes bestrebt, den Zehnstundentag durchzusehen, aber die Direktion konnte sich nicht dazu verstehen. Ende des verstossenen Jahres wurde in Aussicht gestellt, vom 1. Januar d. J. an die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu beschränken, selbstverständlich unter Fortzahlung des disher gezahlten Lohnes. Als der 1. Januar vordei war und alles beim alten blied, klopften die Arbeiter wieder und erhielten die bestimmte Versicherung, am 1. April würde an und exhielten die bestimmte Versicherung, am 1. April würde zwar nicht der 10stündige, aber der 10½stündige Arbeitstag eingeführt. Aber der 1. April kam, doch nicht der 10½stündige Arbeitstag. Seht wird nun des schlechten Geschäftsganges wegen nicht eine eine planmäßige Beschräntung der Arbeitszeit, die alle

Die gegenwärtig schlechte Zeit mit ihrer Arbeitslosigkeit zeigt wurde wiederum eine Generalbersammlung einberusen und die auch, wie notwendig die Arbeitslosenunterstützung in unserem Reuwahl vorgenommen, welche zugunsten der Kollegen aussiel. Sande war. Jett ist niemand sicher, ob er die nächste Woche Das Stimmenverhältnis war 13 für die Firma und 41 für unsere aber auch, wie notwendig die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande war. Jest ist niemand sicher, ob er die nächste Woche noch Arbeit hat. Da wird noch mancher, der die jest ein Feind Da wird noch mancher, der bis jest ein Feind der Arbeitslosenunterstützung war, zu einem Freunde derselben werden. Am 1. Oktober tritt sie bekanntlich in Fraft, gleichzeitig die Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. in jeder Klasse. Es braucht wohl nicht befürchtet zu werden, daß auch nur ein einziges Mitglied aus diesem Grunde fahnenflüchtig wird. Das könnte sich schwer

Krefelb. Die Firma Gebr. Veltser hatte den Samtbandwebern eine Lohnreduktion bis zu 10 Prozent angekündigt. Dem ent-schiedenen und geschlossenen Vorgehen der Arbeiter ist es aber zu verdanken, daß die Lohnreduktion von der Firma nach verschiedenen Berhandlungen, in denen sie die Reduktion zuerst staffelweise ermäßigte, schließlich wieder gänzlich fallen gelassen wurde. Die Arbeiter haben somit gezeigt, daß es auch bei einer schlechten Konjunktur durch einiges und energisches Borgehen möglich ist. Versichlechterungen abzuwehren. Allerdings war in diesem Fall die ers reuliche Tatsache zu konstatieren, daß nicht, wie in so vielen anderen Textilbetrieben, die Arbeiter massenhaft aus der Organisation getreten waren. Von 60 in Betracht kommenden Arbeitern gehörten 33 dem deutschen Textilarbeiterverbande an, 13 waren christlich organisiert, 10 gehörten dem Weberberdande an und 2 dem Hirfch-Dunderschen Gewerkberein, nur 2 waren unorganisiert. Die Firma Gebr. Pelher ist seit langer Zeit als die Firma bekannt, die jede ihr passend erscheinende Gelegenheit benutzt, die Löhne zu kürzen. Diesmal ist ihr Vorhaben an der Sinmütigkeit der Arbeiter gescheitert und wird sie sich das hoffentlich für die Zukunst als Lehre dienen lassen. Auffallenderweise ist nun aber plöblich die Arbeitszeit auf 6½ Stunden reduziert worden, angeblich wegen Arbeitsmangel. Wäre die Lohnreduktion geglückt, dann wäre wohl noch Arbeit genug dagewesen. Dann lätt man die Arbeiter auf Material warten und was dergleichen Dinge mehr find. Aus Obigem bürfte für die übrigen Arbeiter der Samthranche die Lehre zu ziehen sein, die Firma bei etwaiger Arbeitsuche nicht zu sehr zu überlaufen, denn aus der Behandlung der ganzen Angelegenheit geht hervor, daß es gerade kein Eldorado bott ift. Zum Schluß möchten wir noch eines Umstandes hier gedenken. Bei ber oben geschilderten Affäre hat nämlich der Führer der sogenannten Oppo-sition, die sich hier am Orte nach der unglücklichen Stoffwebertewegung gebildet hat, W. Schäfer, eine eigentümliche Rolle ge-spielt, durch die er jedenfalls seine Qualifikation als Arbeiterführer, als der er sich so gern geriert, dargetan hat. ichaft als Mitglied des Ausschusses bei obengenannter Firma hatte ihn die Direktion zu sich kommen lassen und ihm die beabsichtigte Lohnreduktion angekündigt mit der Aufsorderung, den anderen Arbeitern davon Mitteilung zu machen. Der Herr Schäfer beshielt aber die Mitteilung für sich, und erst durch Zusall Aufall erstuhren die anderen Arbeiter davon. Wäre dieser Zufall nicht eingetroffen dann würden die Arbeiter erst Kenntnis davon erhalten haben, wenn nach den reduzierten Löhnen ausbezahlt worden wäre. Mit Recht muß dieses Berfahren als sehr merkwürdig bezeichnet werden und foll dem p. Schäfer denn auch gehörig von den Arbeitern ber Kopf gewaschen worden sein. Wir erwähnen diesen Vorfall nur beshalb, um der Oeffentlichkeit zu zeigen, aus welchem Holze der Mann geschnist ist, der sich einbildet, die Organisationsverhältnisse in Rrefeld reformieren zu muffen.

Obiger Artifel, ber bereits am 30. Juni in ber Rrefelber Parteizeitung, der "Niederrheinischen Volkstribune", stand, gab Beranlassung zu einer Belegschaftsversammlung der Bandweber von Gebr. Pelher. Selbstverständlich hatte der Hinweis auf das von Gebr. Pelher. Selbstverständlich hatte der Sinweis auf das eigentümliche Verfahren Schäfers diesen in Harnisch gebracht und follte die Versammlung dazu bienen, eine Vertrauensresolution für Schäfer zu genehmigen, die dann veröffentlicht werden sollte. Doch es tam anders. Die Tatsache selbst, das bei Schäfer die Absicht bestand, die ihm von der Firma mitgeteilte Lohnreduktion den Arbeitern nicht zur Kenntnis zu bringen, und daß auch die Arbeiter nicht bon ihm, sondern bon anderer Seite zufällig Kenntnis babon erhielten, fonnte trot aller Lamentationen Schäfers und feiner Freunde nicht aus der Welt geschafft werden; mußte doch Schäfer felbst diese Tatsache in der Versammlung eingestehen. In der Versammlung waren nun don den girka 60 Arbeitern

bloß 32 erschienen. Die übrigen waren weggeblieben mit der Motivierung, sie fähen nicht ein, daß sie sich jetzt für Schäfer ins Zeug legen sollten. Er habe sich die Sache selbst eingebrockt, möge er sie auch selbst auslöffeln. Das Verlangen Schäfers, ihm ein Vertrauensvotum auszusprechen, welches bann betöffentlicht werden sollte, wurde abgelehnt; worauf er dann aus dem Arbeiterausschuß austrat. Interessant und carafteriftisch für bie Qualififation Schäfers ist bie Entschuldigung für jein eigenartiges Verhalten. Er meinte nämlich, er habe nichts Schlechtes babei im Sinne gehabt, er fei aber nicht der Diener des Direktors, Diefer habe es den Arbeitern selbst sagen können. (Das hätte er aber dem Direktor sagen müssen. D. R.) Und das sagt ein Mann, wie Schäfer, der an der Spike der Opposition steht, der sich anmaßt, unserer Verbandsleitung die schwerften Vorwürfe zu machen. (Sier hat Schäfer einmal selbst gezeigt, welche Qualifikation er als neugebackener Arbeiter, führer" hat. Mit dem großen Mund allein ist eben nichts getan, es muß auch etwas Verstand dabei sein. Damit scheint aber Schäfer recht stiesmütterlich versorgt worden zu sein. Soffentlich werden nun die Krefelder Arbeiter einsehen, daß sie mit solchen Leuten als Führer den Himmel nicht

erstürmen können. R.) Landeshut. Die hiesige Filiale hielt am 1. Juli ihre ordentliche Generalbersammlung ab, deren Besuch angesichts der reich-haltigen Tagesordnung zu wünschen übrig ließ. Kollege Käft ner erstattete zunächst den Geschäftsbericht in anerkennenswert aus-führlicher Weise. Nach ausführlicher Klarlegung der lokalen Aus-gaben schloß der Geschäftsführer seinen Bericht mit dem Wunsche, aus bem Gehörten die richtigen Konsequengen zu ziehen und ihn in seinen Bemühungen, den Mitgliederbestand troß der äußerst ungünstigen Geschäftskonjunktur mindestens stadil zu erhalten, zu unterstützen. Die Art der Berichterstattung wurde in der Diskussion als äußerst zufriedenstellend anerkannt und auf Antrag der Renisoren dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt. Die Redisoren dem Geschäftsführer einstimmig Entlaftung erteilt. Die nun vorgenommene Vorstandswahl ergab als Vorsigende Kollege Proll und Kollegin Frau Olbert, als Schriftührer Kollege Seibel und Kollegin Frl. Ludwig, Revisoren: Beer, Paul und Strießel. Ueber den internationalen Kongreß in Wien und Strießel. lleber den internationalen Kongret in Wien und den Gemerkschaftskongret in Hamburg sprach Kollege Fritsch, In seiner bekannten, leicht faßlichen Weise verstand es Redner, die Anwesenden von der Kotwendigkeit und dem Wert der beiden Kongresse zu überzeugen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine belehrenden Ausführungen. Dann gab Kollege Kästner die ihm zugesanden Mitteilungen über die Firma "Leinenspinnerei Sie ihm zugesanden Wetterlungen uber die Ferna "Leinenspinnerei Schleitheim in Stühlingen" bekannt. Daraus war zu entnehmen, daß vor Stellungannahme bei dieser Firma nur gewarnt iherden kann. Dem Bericht über den Seidenweberstreit schloß sich noch eine kurze Debatte an, in der ausgeführt wurde, daß in Zukunft deraartige, wenn auch noch so kleine Kämpse, mehr öffentlich geführt werden möchten.

Leipzig. Das Personal ber Leipziger Baumwollspinnerei besschäftigte sich am 1. Juli im "Schloß Lindenfels" mit der Entlassung der zwei Ausschußmitglieder Dörfler und Marr. Kollege Dörfler schilberte den Hergang folgendermaßen: Am 18. Dezember 1907 war Neuwahl des Ausschusses. Die organisierten Kollegen gaben sich alle mögliche Mühe, Leute hineinzubekommen, die die Interessen ber Arbeiterschaft voll und gang bertreten. Doch es tam anders. Die Direktion machte bon dem Stimmrecht Gebrauch, welches fie nur bei Abänderung der Statuten der Betriebskasse und Er-höhung der Beiträge anwenden kann. Unsere Kandidaten unterlagen. Die Spinner und Andreher nahmen in einer öffentlichen Versammlung hierzu Stellung und beauftragten die Leitung der erteilt. Die Arbeiter haben übrigens gar keine Veranlassung, sür Versammlung, beim Krankenversicherungsamt Beschwerde zu Herabsehung des Krankengeldes einzutreten, denn gerade bei führen. Die Aussichung des Krankenseldes einzutreten, denn gerade bei führen. Die Aussichen Voor der Familien am größten. Was soll

Kollegen. Der Ausschußvorstand der Krankenkasse gab sich Maihe, Positives zu leisten. Eine Besprechung der Kassenvertreter beschloß einstimmig, die Anträge, welche vom Ausschuß ausgearbeitet wurden, schriftlich einzureichen. Ginige Tage später wurde eine Borstands-sitzung von der Firma einberusen und die Anträge zur Diskussion gestellt. Man rechnete uns vor, was für Mehrausgaben diese Anträge verursachten, und bat uns, doch im Interesse der Kasse die Anträge zurückzuziehen. Se wurde auch geltend gemacht, daß doch nur die Ausländer die Kasse auszögen. Wir legten den Sachverhalt klar und erklärten, daß an eine Zurücknahme unserer Anträge nicht zu denken sei. Damit gab man sich denn auch anscheinend zufrieden. Nun sette aber das Schikanieren von Ausschukmitgliedern ein. Zuerst fing man beim Kollegen Jankowski an. Wan stellte seine Waschine ab und erklärte ihm, daß er kein Geschäftsinteresse besitze, und als Andreher arbeiten müsse. Auch könne er, wenn es ihm nicht paßte, die Lut von verangen. Der Direktor lennte es Magnahme wurde der Ausschuß vorstellig. Der Direktor lennte es Marichläge einzugehen. Gine Spinner- und Anab, auf unsere Vorschläge einzugehen. Gine Spinner- und An-preber-Versammulng nahm Stellung hierzu und kritisierte gleichseitig das Gebaren einiger Obermeister und Meister in der Presse Das konnte die Direktion nicht bertragen. Die Kollegen Janfowski und Fichtner wurden Sonnabend, den 4. April, abends 5 Uhr, entlassen Grund: "Wissen Sie besser, als ich." Gleichzeits wurde bekanntgemacht, daß Wontags nicht gearbeitet wurde. Diese Entlassung beschäftigte schon bamals eine öffentliche Ber-sammlung. Kollege. Reichelt hatte Mühe, die erregten Gemüter zu beruhigen. Nun glaubte die Direktion, die Arbeiterschaft sei zahm geworden, und Mitte April fand eine Generalbersammlung in welcher über die gestellten Anträge abgestimmt wurde. Sämtliche Anträge wurden angenommen. Gegen diese Abstimmung legte die Direktion Beschwerde ein, weil ein Ausschußmitglied mitgestimmt habe, das nicht Generalversammlungsvertreter war. firma hatte bei der Ahstimmung eine glänzende Niederlage be-Da ware die eine Stimme nicht in Betracht gefommen. konmen. Da ware die eine Simme nicht in Betracht gesommen. Die Aussichtsbehörde hat die Beschwerde anerkannt. Am 25. Juni sand eine nochmalige Generalbersammlung statt. Die Abstimmung ergab die Annahme der Anträge. Die Kollegen Dörfler und Warr waren nun die Uebeltäter, und am 26. Juni, abends 46 Uhr, kam der Betriebsleiter und erklärte, daß sie entlassen seien und den Lohn im Kontor abheben könnten. Diese Leidensgeschichte dauerte vom 18. Dezember 1907 bis zum 26. Juni 1908. Die Schuld daran tragen nur allein die indisserenten Arbeitskollegen; denn wenn sie geschlossen hinter diesen Kollegen gestanden hätten würde die Direktion so vorzugehen nicht gewagt haben.

Rollege Röffel aus Berlin ermahnte die Verfammelten, fich nicht zu unbesonnenen Schritten verleiten und nicht das Derz, sondern die Vernunft sprechen zu lassen. Die beste Antwort in jetiger Zeit sei, daß sich fämtliche der Organisation Fernstehende dieser anschlössen. Eine dementsprechende Resolution wurde eine stimmig angenommen. — Kollege Kössel hielt noch einen sehr interessanten Bortrag über: "Die Kämpfe der Unternehmer mit der Arbeiterschaft". Dabei kam er auf die Aussperrung der Wirker im Erzgedirge zu sprechen. Diese Kollegenschaft steht seit 26 Wochen im Kampte aber der einer cheekelen wäre track Elend und im Kampfe, ohne daß einer abgefallen ware — trop Elend und Not. Unsere Parole müsse lauten: Siniein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Denn nur dieser sei in der Lage, die Unternehmer in Schach zu halten und den Arbeitern beffere Lohn-

und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.
Leipzig. Die Filiale Leipzig hielt am 24. Juni im "Bolks-haus" eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Karl Finkau hielt einen hochinteressanten Bortrag über: "Die Geschichte der Zeitung". Er führte aus, daß die Presse von ihrer Entstehung an ununterbrochen berfolgt, aber auch gefürchtet war, zum Teil von der Geistlichkeit, zum Teil von der herrschenden Klasse. Napoleon I. hat schon die Kresse die 7. Großmacht der Welt genannt. 20 Millionen bürgerliche Zeitungen gehen ungefähr täglich in die Welt hinaus, denen nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil sozialistischer gegenüberstehen. Wenn man bedente, was für eine ungeheure Masse von Schlamm und Unrat von jenen Reitungen berbreitet werde, dann werde man den schweren Stant der sozialistischen Zeitungen leicht begreifen können. Da alle Druck sachen, Bücher, Zeitungen usw. von allem Anfange an einer Zensur und zwar zum größten Teil der der Geistlichkeit oder der Polizei unterlagen, welche sehr wenig von den Werken übrig ließ, wenn sie aufklärend oder regierungsfeindlich geschrieben waren, so wurde aber auch alles Mögliche versucht, die Zensur zu umgehen, was auch damals nicht allzuschwer war. Die Kleinstaaterei kam der Presse sehr zustatten. Kedner führte aus, daß wenn damals ein Redakteur wegen eines Pressbergehens versolgt wurde, brauchte er nur einige Stupden kommen aus laufen um die Etrepte der Kokentstaats zu Stunden schnell zu laufen, um die Grenze des Nachbarstaates zu erreichen, von dem aus er dann lustig auf die andere Regierung schimpfen konnte. Aber auch dem suchte man vorzubeugen, indem man eine Kaution verlangte, welche verfallen war, falls ein Redakteur nicht wiederkam. Die Preßreiheit wurde zuerst zurzeit der französischen Revolution in Frankreich, dann später, als die Franzosen nach Deutschland kamen, ouch in Deutschland eingeführt, aber als schallende Ohrseige für die Kämpser, die ihr Blut für die angeblich deutsche Freiheit opserten, wieder aufgehoben. 1848 wiederholte sich dasselbe noch einmal. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Bortrages führte der Redner an, daß ein Arbeiter sich eine Beitsche kauft, um sich damit peitschen zu lassen, wenn er eine gegnerische Zeitung bezahlt. — Dann zeigte Kollege Sach se in aussührlicher Weise die Notwendigkeit der Ans stollege Gach eines zweiten Geschäftsführers. Nach langer Diskussion wurde ein darauf abzielender Antrag des Vorstandes gegen fünf Stimmen angenommen. Eine weitere Entlassung eines Kollegen aus der Baumwollspinnerei wurde bekanntgegeben. Man erblict barin wieder eine neue Magregelung.

Lobberich. Wie eine Shäne das Schlachtfeld umfreist, so suchen auch die christlichen Textilarbeiter jetzt, nach der unglücklichen Bewegung in Arefeld, hier am ganzen Niederrhein im Trüben zu sischen. In Nr. 26 bom 27. Juni macht so eine schwarze Seele unter "Arefeld" ihrem gepreßten Serzen wieder einmal Lust. Zuerst freut sich der Mann kindisch, daß der Deutsche Verband infolge der Bewegung in Arefeld Mitglieder verloren hat. Dabei übertreibt an schauberhett die Abristlichen hötzen perloren das Schlachtfeld übertreibt er schauberhaft, die Christlichen hätten weniger verloren. Das glauben wir gern, denn sie hatten auch nicht annähernd so biel Mitglieder in Krefeld, als der Deutsche Verband dort verloren haben soll. Dann kommt der Artikelschreiber auf eine Bewegung in Lobberich bei der Firma Durst und Krah dom borigen Jahre zu sprechen, weil wir einen Rollegen, welcher bort entlassen wurde, als gemaßregelt betrachteten. Darauf nochmals einzugehen, berlohnt sich nicht der Mühe, aber Tatsache ist, daß 5 Kollegen bom drifflichen zum Deutschen Verband übertraten, sicher, weil der christliche Verband so "leistungsfähig" ist. — Zuzugeben ist, dag der christliche Verband im Kreise Kempen, speziell in Lobberich, dominierend ist. Wer aber die Gegend und den Fanatismus der Leute kennt, der wundert sich nicht darüber. Sind aber die Erfolge für die Arbeiter in dieser chriftlichen Gegend so große? — Tatsache ist wiederum, daß jede Lohnerhöhung und Arbeitzeitverkurzung zuerst in Krefeld, wo der Deutsche Berband vorherrschend ist, einsetzte, um dann als reise Frucht vom christlichen Verband auf dem Lande eingeheimst zu werden. Sollte schwarzer Schreiber einmal Lust berspüren, speziell über Lobbericher Verhältnisse zu schreiben, so stehen wir sehr gern zu Diensten.

Resichtau. In der bor einigen Tagen abgehaltenen General. versammlung der Betriebskrankenkasse versammlung der Betriebskrankenkasse verschieden. Betriebskrankenkasse verschieden Gotthard Kessler wurde beschlossen, die Krankenunterstützung auf 40 Proz. herabzuseten. Da dies nach dem Geset unzulässig ist, wurde die Genehmigung zu diesem Beschluß von der Aufsichtsbehörde nicht

aus einer Familie werden, wenn der Ernährer ein Bierteljahr und länger frank ist und nur 40 Proz. des Berdienstes als Krankengeld erhält? Wird ber Kranke vielleicht eher gesund, wenn er zusehen muß, wie seine Familie hungert? Wenn die Betriebskrankenkasse nicht auskommt, dann mag die Firma draufzahlen, oder die Kasse wieder auflösen. Aur durch die Zersplitterung im Krankenkassen-wesen wird die Leistungsfähigkeit herabgesetzt. Die Arbeiter ber Firma Gotthard Kehler waren in ihrer Mehrheit gegen die Gründung der Betriebskasse, trohdem hat man diese Kasse gegründet und genehmigt. Run mag auch die Firma für den jährlichen Fehlbetrag aufsommen. Sätten wir diese Bersplitterung nicht, so hätte schon längst die Familienunterstühung bei der hiesigen Ortsplichen frankenkasse eingeführt werden können, was wohl zum Borteil aller Bersicherten sein würde. Bie in Betriebskassen die gesete lichen Bestimmungen beachtet werden, zeigt uns wohl auch obiger Beschluß, benn die Leitung dieser Kasse hätte doch wissen mussen, daß die Leistungen nicht unter 50 Proz. herabgesett werden dürfen.

Böfined. Die Geschäftslage in der Pögneder Tegtilindustrie ist, wie wohl fast überall, eine sehr gedrücke, und können sich wohl die ältesten Böhneder Textilarbeiter eines so schlechten Geschäfts ganges nicht erinnern. Roch bor kaum Jahresfrist sagten die Fabrikanten, wenn wir um eine Verkürzung der Arbeitszeit einłamen, daß eine folche nicht möglich fei, da die borhandenen Ar-beitskräfte schon nicht ausreichten, um alle Aufträge erledigen zu können. Und wie sieht es jetzt aus? Schon seit über ein Vierteljahr herrscht die Krise und immer ist ein Ende derselben noch nicht abzusehen. Es scheint sogar noch weit schlimmer zu kommen als wie es dis jeht gewesen ist. Kaum hatte die Krise eingeseht und Arbeitskräfte überslüssig gemacht, da singen die Herren an, Leute zu entlassen, und nicht immer hielten sie dabei die gesehlichen Bestimmungen ein, das zeigen die Klagen dor dem Gewerbegericht. Vor einigen Wochen waren wohl etwas über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen und konnten nun sehen, wo sie ihr weiteres Fortkommen fänden. Die Filialleitung sah sich, weil die Arbeits-losigkett immer weitere Kreise zog und da fast alle Fabriken Feierschichten einlegten, tropbem die Akfordarbeiter noch 1—3 Tage in der Boche auf Material zu warten hatten, veranlaßt, sich einmal an den Fabrikantenverein mit der Bitte zu wenden, die Arbeitszeit doch in allen Betrieben zu verkürzen, damit weitere Entlassungen möglichst vermieden würden. Da aber kam sie an die unrechte Adresse; da ist nichts zu machen, wie nachstehende Antwort

"Leipzig, ben 26. Juni 1908.

Berrn Arno Rallenbach!

Auf Ihre an den Fabrikantenverein zu Pöhned, z. H. des Vorfitsenben, Herrn Nichard Greuner, unter dem 11. Juni d. J. gerichtete Zuschrift, betreffend Forderung den Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag, teilen wir Ihnen mit, daß die Bögneder Mitglieder unseres Verbandes mit Rücksicht auf bie jetigen schwierigen geschäftlichen Berhältniffe es ablehnen muffen, in Erörterungen über eine Berfürzung der in ihren Betrieben üblichen Arbeitszeit einzutreten.

Wir zeichnen Hochachtungsvoll Berband Sächsisch-Thüringischer Bebereien."

Run wiffen wir wieber einmal, woran wir mit ben herren Fabrikanten sind; sie gehen nicht einmal auf etwas ein, was nach unserer aller Meinung auch für sie ein Vorteil gewesen wäre. Denn wenn man unsere Tageblätter — auch Käseblättchen genannt — jest liest, so findet man wohl jede Woche einmal eine Notiz darin, daß der Geschäftsgang in der Böhneder Industrie schlecht sei; auch wohl, daß die "unerfüllbaren" Wünsche der Ar-beiter, hervorgerusen durch die sozialbemokratischen Sezer, an ihm schuld seien. schuld seien. Nun, wir glauben auch zu wissen, was speziell in Böhned die Sauptschuld an der schlechten Konjunktur trägt, und das sind wohl nicht die "unerfüllbaren" Wünsche der Arbeiter das wissen nicht nur wir, sondern wohl auch die Herren Fabrikanten. Sie werden wohl noch zu der Ansicht kommen, wenn es nicht schon geschehen ist, daß sie doch wohl im Gerbst 1907 das größere Uebel gewählt haben. Doch Kollegen, nicht verzagt! Wenn auch die Zeiten schlechte sind, es muß ja doch wieder besser werden und dann dürfen wir nicht erst anfangen zu rüsten, nein, dann müssen wir schon gerüftet dastehen, wenn wir aus einer guten Konjunktur Vor-

teile ziehen wollen. Haltet darum fest an der Organisation! Rheine. Am 18. Juni wollten wir mit unserm Gauleiter Steinbrink eine Versammlung abhalten, die uns aber trop des neuen Bereinsgesetes bereitelt wurde. Das ging so zu. Der Polizei war ein Abressenberzeichnis von unserem Berbande in die Sande gefallen, in dem auch unfer Berfehrslofal angegeben ift Sie erriet, daß die Bersammlung dort stattfinden sollte. Der Wirt bekam dann, wie es heißt, hohen polizeilichen Besuch, worauf er sich weigerte — natürlich ganz aus freien Stücken — die Versiammlung abhalten zu lassen. Mit Steinbrink konnten wir nur einen Spaziergang machen, der die Berfammlung aber voll ersetzte.

Noswein. Sonntag, den 21. Juni, unternahmen die hiesigen Einzelmitglieder des Berbandes Deutscher Textilarbeiter mit dem Trommler= und Pfeiserkorps der "Freien Turnerschaft" einen Aussslug nach Dittersdorf bei Böhrigen. Hoffentlich wird dieser Auss lug in Böhrigen gute Früchte tragen, da doch endlich die Kollegen daselbst infolge Stillegung des Betriebes der Firma Lehmann

Aktiengesellschaft einsehen werden, wohin sie gehören.
Sebnitz. (Vorsicht!) Die Firma W. Winkler in Sebnitz sucht unter Versprechung verhältnismäßig hoher Löhne (pro Woche 15—25 Mt.) Arbeiter. Nach unseren Ersahrungen hat ein geübter Weber Mühe, 15 Mt. auf zwei Stühlen zu verdienen. Vemerkt sei noch, daß wiederholt organisierte Arbeiter entlassen wurden. Darum Borsicht!

Schiffbed. Sonntag, den 21. Juni, hielt unsere Filiale ihre Mitgliederversammlung ab. Die Bersammlung hätte besser besucht sein können. In der kritischen Zeit der Aussperrung konnten nicht genug Versammlungen stattfinden, die ja bei derartigen Greignissen ftets gut besucht werden, da spielt auch das schönste Wetter (das an dem schwachen Besuch dieser Versammlung schuld gewesen sein mag) keine Rolle, sobald aber der Frieden wieder hergestellt ist, fängt die Versammlungsschwänzerei wieder von neuem an. Dafangt die Verjammlungsjamanzerei wieder von neuem an. Da-der dertstehen dann aber Gerüchte, die dem Verdand nicht zum Nuten gereichen können. So ist hier der Leitung vorgeworfen worden, sie bekommt 5 Mt. pro Tag und Mann. Den Beweis sür diese unsinnige Behauptung blieb man natürlich kühn — schuldig. Hossenstellt kommen derartige Verleumdungen nicht wieder vor. Kollege Valaster hielt einen Vortrag über "Produktivgenossenschaften". Die Wahl des zweiten Vorsiegenden siel auf ihn. Zu Kartellbelegierten wurden Geier, Eriem und Valaster gewählt. Die Kollegen werden ersucht, sich in den Reise eines Arntokolls von Die Rollegen werden ersucht, sich in den Besitz eines Protokolls bon der Generalbersammlung zu setzen, das dei den Unterkassierern und beim Kollegen Kadavh für 10 Pf. zu haben ist. Auch sei an dieser Stelle auf die am 12. Juli stattsindende Morgentour nach Ost-Steinbeck hingewiesen. Abmarsch morgens 51/2 Uhr vom Lokal des herrn Karl Wüftenberg. Zur Dedung ber Untoften werden 10 Pf, pro Mitglied erhoben und find Karten nur bei den Unterkaffierern zu haben. Für Unterhaltung der Mitglieder hat das Festfomitee in bester Beise gesorgt und es ersucht die Mitglieder, sich vollzählig zu beteiligen.

Wilhelmsburg. Gine öffentliche Textilarbeiterbersammlung fand am Donnerstag, den 25. Juni, bei H. Stüben, Neiherstieg-Deich, statt. Kollege Krätzie Berlin behandelte das Thema: "Die wirtschaftlichen Krisen und was lernt die Arbeiterschaft daraus?" Die Versammlung war trotz genügender Bekanntmachung nur schwach besucht, trotz der wichtigen Tagesordnung. Die Wishelmsburger Teytilarbeiter sind noch zu gleichgülltig und ihnen sehlt das nötige Interesse an der Verbesserung ihrer Lage. Und doch hört man jedesmal, daß sie mit ihrem Lohn, für den sie sich ab-radern mussen, bei weitem nicht auskommen können. Die Ausradern mussen, bei weitem nicht auskommen können. Die Aus-führungen des Referenten bewiesen, wie nötig und zwedmäßig es sei, sich zu organisieren, um gegen die feindseligen Mahnahmen des Unternehmertums gewappnet zu sein. In der Zeit der Coch-

konjunktur, wo die Unternehmer die Arbeiter immer umschmeicheln, sollten diese sich ihre Arbeitskraft bester bezahlen lassen. Sind sie doch der wichtigfte Faktor im Produktionsprozetz. Vor allen Dingen muffen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wollkammerei zur Pflicht machen, ledhafteren Anteil an dem Besuch unserer Ber-fammlungen und den dort gepflogenen Aussprachen zu nehmen. Nicht in der Fabrik, am Viertisch oder sonstwo soll man seine Klagen vordringen. In der Versammlung ist der richtige Platz dazu. — Luf einen großen Wisstand vollen wir aufmerksam machen. Es ist die unerhörte Ausbeutung der Arbeiterinnen, die im Maschinensaal beschäftigt sind. Sie sind tagtäglich 11 Stunden tätig; ohne Frühstüds- und Besperpause, so daß sie ihr Brot bei der Arbeit essen, damit nur ja nicht die Maschinen stülstehen. Es könnte der Direktion ja auch sonst vom Prosit etwas verloren gehen. Aufgewacht, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, damit andere Zustände in diesem Betriebe einkehren!

Beulenrodn. Was schon jahrelange Agitation nicht fertiggebracht hat, das heißt, den Anschluß an den Deutschen Textilgabeterberdand, das hat die Firma Schöpper hier für viele Arbeiter fertiggebracht. Wer die Gepflogenheit dieser Firma kennt, wird wissen, daß dieselbe in punkto Lohnreduktion recht beharrlich vorgeht. Der Umftand, daß in einem solchen großen Vetrieb naturgemäß die verschiedensten Sorten und Stärken gemacht werden, wird dom ihr derart benutzt, daß heute die eine Nummer, in sechs Wochen eine andere dran komunt, wun die Löhne zu regeln", wie wird von ihr derart benutt, daß heute die eine Rummer, in sechs Wochen eine andere dran kommt, "um die Löhne zu regeln", wie sich die Herren Arbeitgeber so sein ausdrücken, und so fort, dis alle dran waren. So auch jett wieder. Diesmal kamen die 42gg Arsbeiter dran. Und das Ende vom Lied? Durch diese Lohnreduzierung sind nun auch diese Arbeiter in ihrer Mehrzahl zu dem Schluß gekommen: Hier kann nur der Verband zu den Schluß gekommen: Hier kann nur der Verband helfen. Es wäre nur zu wünschen, daß sich alle Arbeiter zu dieser Ansicht aufgeschwungen hätten, denn daß es not tut, die Organisation zu stärten, das deweist das Gerücht, daß schon wieder eine andere Kategorie sur die Regelung ausersehen ist. Die organisierten Kollegen hei Schonder mögen ibren indifferenten Kollegen ans Serz legen. gorie für die Regeiling auserzeigen ist. Die digantierren koulegen die Schopper mögen ihren indifferenten Kollegen ans Serz legen, daß sie sich organisieren, damit wir, wenn wir mit Aufnahmescheinen kommen, auch Erfolge sehen. Für die hiesigen Wirker ist es überhaupt die höchste Zeit, sich wieder auf ihre Manneswürde zu erinnern. Auch bei den Gummiwirkern ist nicht alles Gold was glänzt. Dieselben haben sich seinerzeit die 1½stündige Mittagszeit errungen. Leider haben sie es nicht so weit gebracht, diese Abmachung in die Fadrikordnung aufzunehmen. Der Chef gibt dies einfach nicht zu. Und jetzt? Da bei den Gummiwirkern ein flotter Geschäftsgang herrscht, wird auch obige 1½ Stunde berkürzt, und zwar früh und abends wird ½ Stunde länger gemacht. fürzt, und zwar früh und abends wird ½ Stunde länger gemacht. Es wird zwar kein Zwang ausgeübt, aber man weiß ja doch, daß nach Lage der Dinge sich niemand gut ausschließen kann. Wir meinen nun, daß auch dieses Vorkommnis dazu dienen muß, unsere Reihen zu stärken. Sorge also in nächster Zeit jeder, einige neue Kollegen dem Verbande zuzusühren. Die Verdandsleitung wird alle Mittel und Wege bersuchen, um Anschluß an die unorganissierten Kollegen zu sinden, um dieselben für uns zu gewinnen. Sollten Fadrisbesprechungen oder auch nur Vranchenzusammen-künste stattsinden, so ist es für unsere organisierten Kollegen allerserste Pflicht zu kommen und ihre Stuhlnachbarn und dergl. mitzubringen. Also borwärts!

Zeulenroda. Wontag, den 30. Juni, sand unsere monatliche

Beulenroba. Montag, ben 30. Juni, fand unsere monatliche Bersammlung statt. Kollege D. erstattete zunächst Bericht von einer gemeinschaftlichen Konserenz in Greiz. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß in punkto Agitation noch viel mehr getan werden zu ersehen, daß in punkto Agitation noch viel mehr getan werden müsse. Sauptsäcklich sei darauf Wert zu legen, daß jedes Witglied auch gleichzeitig ein Agitator sei. In seinem Wonatsbericht gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Wirkerbewegung im kleinen. Von uns jedoch benutzt, hat dieselbe schon einen kleinen Ersolg gezeitigt. Hoffenklich wird es bei den Wirkern wieder etwas besser mit dem Klassendenutztein. Aus dem Kartellbericht war zu ersehen, daß der Vildungsausschuß für Reuß ä. L. nunmehr seite Gestalt annimmt, indem auch don hier ein sesterag zu Vildungszweden an die Hauptsasse gestesert wird. Im weiteren gab der Borsitzende bekannt, daß unser 1djähriges Stistungssest am 11. Oktober d. J. im "Schießhaus" geseiert werden wird. Beschlossen wurde noch, einen Unterkassierer anzustellen. Wesuch wie gewöhnlich: schwach. — Den Witgliedern noch zur Nachricht, daß Krotofolse von der Generalversammlung in Leipzig beim Borsitzenden, Karl Oberländer, und beim Kassierer zu entnehmen sind. Jedes Mitglied ist verpflichtet, ein Eremplar zu kaufen. Kreis Jedes Mitglied ist verpflichtet, ein Egemplar zu kaufen. Preis pro Stud 10 Pf.

Literatur.

Le Traducteur (16. Jahrg.), The Translator (5. Jahrg.), Traductore (1. Jahrg.), Halbmonatsschriften zum Studium französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Lehrschriften machen sich zur Aufgabe, das Studium ber beutschen, frangosischen, englischen ober italienischen Sprache ber beutschen, französischen, englischen ober italienischen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiter zu führen. Die dem Urtext nebenan gestellte genaue Uebersetung führt dem Leser die beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck der, wodurch der Worschaft bernehrt und die Genausgkeit in der Wiedergade des Sinnes erlernt werden kann. Die beste Weise, sich dieser Lehrmittel zu bedienen, sind: Gewöhnliche Lektüre, Ausschen der neu vorkommenden Ausdrücke und Auswendiglernen derselben, Benuhung der Uedersetungen zu nachheriger Selbstorrettur, Auswendiglernen einzelner Abschnitte ober kleineren Artikel und nachheriges Niederschnerden aus dem Gedächnis. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostensen der Verlage der Englisch ober Italienisch kostenfrei durch den Verlag des "Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

## Briefkasten.

B., Meerane. 1. Ihr Mann tann bas tun, boch wenn bie Sache näher untersucht wird, wird das Geld immer als fein Sache naher untersucht wird, wird das Geld immer als zein Eigentum angesehen werden. Solche genauen Nachschungen werden aber in solchem Fall selten angestellt; Hauptsache ist nur, daß sein Geld da ist. 2. Der Arbeitgeber muß auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts die Alimente vom Lohn abziehen. Wosür wollen Sie denn aber den Bater ihrer unehelichen Kinder des straßen lassen? Das gibt es nicht.

Hatte öffentlich zu geden, halten wir nicht für gut. Ihr könntet das in Sabrischungen tun

Fabritbesprechungen tun.

## Bekanntmachungen. Zentralvorstand.

Wir müffen dringend erfuchen, bei allen Gelbfendungen an unferen Raffierer ftete bie Beftimmung ber Gelber auf dem Poftanweisungsabschnitt anzugeben. Jede Gendung muß mit bem Stempel ber Ortegruppe berfehen fein. Dasfelbe wird hinfichtlich aller anderen Sendungen an ben Borftand wie and an die Redaftion verlangt. Alles für biefe Beftimmte muß auch von der übrigen Sendung getreunt gehalten fein. Heber 20 Gramm fchwere Inlandbriefe muffen mit 20 Bf. frantiert werden. Der Bentralborftanb.

Ortsverwaltungen.

Cottbus. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, die Abresse bes Kollegen Paul Drefler, geb. 4. Aug. 1869 in Cottbus, in ben Verband eingetreten am 25. Januar 1908 in Cottbus (H.-N. 402 613), an untenstehende Abresse gelangen zu lassen.

B. Dörr, Dresdenerstr. 164.

Duisburg. Die Kollegen und Kolleginnen werben ersucht, bis zum 15. Juli ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da selbige dann zur Kontrolle eingesammelt werden. Ledige Kollegen ersuche die Bucher beim Logiswirt zu hinterlegen, damit den Untertaffierern unnötige Arbeit erspart wird.

Der Borftand. J. A .: Steinhusen. Elsterberg. Es ist Aflicht eines jeden Mitgliedes, seine Bei-tragsmarken nach Empfang sofort ins Mitgliedsbuch einzukleben.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Louis Rösch

M.-Glabbach. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß bom 1. Juli an die Mitgliedsbücher bezirksweise kontrolliert werden. Wir ersuchen die Vestanten, dies zu beherzigen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Mitglieder, welche um Stundung der Beiträge nachsuchen, bei der heutigen schlechten Konjunktur, dies der Geschäftsstelle zu melden haben; alle sonstigen Weldungen bei den Unterkassierern werden nicht berücksichtigt. 28. Panhuis, Geschäftsführer.

Göfinit. Dem Kollegen Johann Wirschniter, Wolferei-arbeiter, Buchnummer 401 176, eingetreten am 24. November 1907 in Werdau, ist sein Buch berloren gegangen. Bei etwaigem Auftauchen wolle man dasselbe einbehalten und an die Ortsverwaltung

Langensalza. Borsitzender ist jett Karl Kosselad, Bergstraße 4, an welchen alle Zuschriften zu richten sind. Kassicrer ist Ernst Scharr, Oefeldgasse 18. Alle den Kassierer betreffenden Zuschriften sind an diesen zu richten. Krankengeld wird von jett an nur noch Freitags von ½7—8 Uhr außgezahlt.

Die Ortsverwaltung. Schiffbed. Wir ersuchen um pünktliche Sinhaltung der Spreckstunden unseres Kassierers: für Ans und Abmelden täglich den 6—7 Uhr abends, für Krankengeld nur Sonntags von 9—11 Uhr vormittags. An Kinder wird keine Unterstützung mehr ausgezahlt. In dem neuen Abressenberzeichnis muß es heißen: 1. Vorsibender Klaus Pohlmann, Mölner Landstraße 10 a, I (nicht 109 I).

Berdau. Unfer'n Mitgliedern zur Kenntnis, daß bon den Untertassieren die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle eingezogen werden. Alle rudftandigen Beiträge wolle man deshalb begleichen. Die Ortsverwaltung.

#### Cotenliste.

#### Geftorbene Mitglieber.

Beuel. Eduard Rasch, 54 Jahre alt — Operation. Erimmitschau. Johann Förtsch, 45 Jahre alt. Elberseld. Am 29. Juni Friedrich Kattenbach, 55 Jahre alt. M.-Gladbach. Josef Hassenstrath, 40 Jahre alt — Procetariertrantheit.

fariertranthett.
Greiz. Am 3. Juli Emma Senf, 30 Jahre alt — Thphus.
Izehve. Am 29. Juni Karoline Bod.
Langenbielau. Gustab Walter, Weber, 35 Jahre alt —
Lungen= und Küdenmarfstuberfulose; Wartha Hoff=
mann, Appreturarbeiterin, 32 Jahre alt — Thphus.
Ostrit. Franz Tehfl, 51 Jahre alt — Horzschlag.
Spremberg. Am 24. Juni Emil Schreier, 63 Jahre alt —

Altersichmäche.

**Thalheim.** Eugen Breitfeld, Gornsdorf, 24 Jahre alt — Lungenschwindfucht; Ernft Paul Drechfel aus Thalbeim, 20 Jahre alt (auf der Wanderschaft in Tirol) — Blinddarmentzündung.

Beiba. Friedrich Metze, Weber, 58 Jahre alt — Operation. Ehre ihrem Andenten!

#### Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingefandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bezw. find ausgesperrt: Weber in:

Aachen (Jos. Königsberger). Salza (Bergener u. Geist).

Wirfer in: Thalheim, Gornsborf und im gangen Erzgebirge.

Sanbbruder in: Penig (A. Glaser).

Warnsdorf (Böhmen) [Werner jun.]

Corb= und Reffelweber in:

Viersen (Pongs u. Zahn). Spigenweber in:

3 widau i. Sa. (Landmann u. Hellwig).

In Bewegung ohne Streit befinden fich

Teppich- und Pluschweber in: Berlin (wegen verkurzter Arbeitszeit und angedrohter Lohnreduzierung.)

Weber in:

Goldmühl i. Oberfranken (J. B. Ed). Langenbielau (Karl Postpifchil). Machen (wegen des Zweiftuhlinftems).

Spremberg (F. B. Heinze). Ohligs (Baumwoll- und Segeltuchweberei von B. Medels Nach. folger).

Gummibandweber in, Großröhrsdorf (G. Boden u. Göhne).

#### Versammlungskalender.

Apolda. Sonnabend, 18. Juli, im Gewerkschaftshaus "Borwärts". Augsdurg. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, im "Wittelsbacher Herlin. Zentralzahlstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschke, Blumenstr. 38: Zahltag. Berlin. Bezirk Often. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Kittwach, Stralauer Allee 20a: Zahltag. Berlin. Zahlstelle: Küdersdorferstr. 18, bei Bittner. Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Bie. Alte Rafohitr. 119: Rahltag.

Verlin. (Sektion der Pojamentierer.) Jeden Sonnabend, abends bon 6—9 Uhr bei Bie, Alte Jakobitt. 119: Zahltag.
Verlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 big 8 Uhr, bei Volkmann, Alte Jakobittage 68: Zahltag.
Verlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 big 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: Zahltag.
Verlin. (Sektion der Schiffchen und Handstider.) Jeden Sonnabend, abends von 7 big 9 Uhr, bei Wohler, Landsbergerstraße.

ftraße 115: Bahltag.

serlin. (Settion ber Stider.) Jeden Freitag, abends bon 8 bis
10 Mhr, bet Engel, Sendelftr. 30: Jahltag.
Verlin. (Hür Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends bon
6 bis 8 Mhr, bei Z. Stadowiad, Marchitr. 23: Jahltag.
Verlin. (Hür Moadit.) Jahlstelle: Gohtowsthftr. 24, bei Keil.
Verlin. (Settion Rigdorf.) Jeden Sonnabend, abends bon 8 bis
10 Mhr, bei Göppner, Jietenstr. 81: Jahltag.
Verlin. (Vranchenbersammlung ber Weber.) Sonnabend, den
11. Juli, abends 8 Uhr, bei Martowsth, Andreasstr. 26.
Verlin. (Viliale.) Mittwood. 15. Juli. abends 8 Uhr. in der

Berlin. (Filiale.) Mittwoch, 15. Juli, abends 8 Uhr, in der "Königsdanf", Große Frankfurterftr. 117. Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Mittwoch, 22. Juli, abends 8 Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Saal 3. Bernau. Sonnabend, 18. Juli, abends 8½ Uhr, im "Schühen-

haus", Bocholt. Sonnabend (Samstag), 11. Juni, im "Baherischen Gof"

(Vertretung: Hedwig Magnus). Bichtige Tagesordnung.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, bis | Brombach. Sonnabend (Samstag), 25. Juli, abends 81/2 Uhr, im

"Wilden Mann" Dülfen. Sonntag, 19. Juli, vorm. 11 Uhr, bei Abolf Brinkmann, Bahnhofstraße.

Elberfeld. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8½ Uhr, im "Volfshaus".

Eilenburg. Freitag, 17. Juli, im Gewerkschaftshaus "Tivoli". Finsterwalde. Sonnabend, 18. Juli. Fürstenwalde. Sonntag, 19. Juli, vorm. 9½ Uhr, vei Thomas, Windmühlenstr. 7.

Frankenberg. Sonnabend, 18. Juli, abends 9 Uhr, im "Stadtpark". Glauchau. Sonnabend, 18. Juli, abends 9 Uhr, in der "Zentral-Glauchau. halle".

Hanstag), 11. Juli, abends 8½ Uhr, in der "Arone". Herford. Sonntag, 19. Juli, abends 61/2 Uhr, bei Fuhrmann,

Göbenftraße.

1. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Johann Friegel, Bahnhofftraße. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8 Uhr, im "Adler".

Lörrach. Donnerstag, 16. Juli, abends 8½ Uhr, in der "Palme". Reichenau. Donnerstag, 16. Juli, abends 8½ Uhr. bei Simon. Mühlhausen i. Th. Sonnabend, 18. Juli, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus "Thüringer Hof".

Dienstag, 14. Juli, abends 8½ Uhr, im Münchenbernsdorf.

"Berghaus". Neumünster. Sonnabend, 18. Juli, abends 8½ Uhr, im "Elhsium". Nieberschöneweibe. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an, bei Otto Neumann, Erünauerstr. 5: Zahltag. Buldnit i. S. Sonnabend, 18. Juli, abends 8½ Uhr, im Gasthof

Vollung. Sädingen. Montag, 13. Juli, abends 71/2 Uhr, in der "Germania". Schopfheim. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 81/2 Uhr, bei

Frau Wwe. Schindler. Ericheinen aller in allen Berfammlungen notwendig!



(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

## === Filiale Berlin. ====

Mittwoch, ben 15. Juli, abende 8 Uhr, in der "Königes bant", Gr. Frantfurterftr. 117:

# Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der borigen Versammlung. 2. Regelung unserer verschiedenen Lokalzuschläge. 3. Einrichtung des zentralisierten Arbeitsnachweises und Anstellung von zwei Gefcaftsführern. 4. Berichiebenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne Buch fein Gintritt. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Filiale Barmen und Umgegend.

Am Samstag, den 18. Juli, abends 81/2 Uhr, im Barmer "Gewerkschaftshans":

## General -Verfammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal 1908. 2. Be-richt vom Gewerfichaftskongreß in Hamburg. 3. Fortsetzung der Diskussion über die Beschlüsse der Leipziger Generalversamm-lung. 4. Berschiedenes. lung. 4. Berschiedenes. Witglieder plinktiich zu erscheinen, damit

im Interesse der auswärtigen Kollegen die Versammlung rechtzeitig zu Ende geführt werden fann.

Die Orteberwaltung.

## Filiale Sommerfeld (Bez. Frkf. a. O.). Montag, den 13. Juli, abende 81/2 Uhr im "Aurfürsten":

📰 Monatsversammlung. 🗉 Tagesordnung: 1. Bericht vom Juternationalen Tertilarbeiters-fongreß. Refer.: Franz Kogfe-Berlin. 2. Kassenbericht vom II. Quartal 1908. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Lörrach! Lörrach!

Donnerstag, ben 16. Juli 1908 abends Punkt 81/2 Uhr

in der "Balme":

## Mitglieder=Bersammlung. Tagesordnung fehr wichtig: Abrechnung und Bortrag.

Die Mitglieder werden bringend ersucht, in Diefer Berfammlung

zu ericheinen. Der Borftand. Achtung! Filiale Crefeld.

Sonntag, ben 19. Juli, bormittage 11 Uhr im Bereinelofal

# Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Berichterstattung vom internationalen Textilarbeiterkongreß. 3. Diskussion. 4. Anträge der Vitzlieder.

Bahlreiches und punttliches Erscheinen erwartet

Der Borftand.

Die Filiale Leipzig fucht einen Geschäftsführer. Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mark. Kollegen, welche bereits einen derartigen Posten bekleiden, werden ebent. nach ihrem bisberigen Gehalt bezahlt. Rednerifch und agitatorifch befähigte Rollegen, welche drei Jahre dem Berband angehören und seit dieser Zeit politisch organisiert find, können mit Angabe über ihre bisherige Tätigkeit Gesuche dis 18. Juli diese Jahres an die Adresse des Kollegen Moris Hermsdorf, Leipzig-Klein-Zichocher, Baumannstr. 7, I. Sig. mit der Aufschrift: "Geschäftsführer-Gesuch" einsenden. Erwünscht eine Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers. Die Kommiffion.

## Geschäftsführer gesucht!

Die Bahlftellen Netichtau und Mylau haben fich bereinigt und suchen zum 1. September einen tlichtigen Geschäftsführer. Das Unfangsgehalt beträgt 1600 Mark. Rednerisch und agitatorisch befähigte Rollegen, welche fünf Jahre dem Verbande angehören und feit diefer Reit politisch organisiert find, wollen mit Angabe ibrer bisherigen Tätigkeit Gesuche bis zum 25. Juli a. c. an Unterzeichneten mit ber Aufschrift "Bewerbung" einsenden.

J. A: Hugo Dresel, Gauleiter, Reichenbach i. B., Weftsir. 3.

Redaktionsichluß für die nächste Nummer Montag, den 13. Juli.

Berlag: Karl Hibid, — Berantwortlich jür die Redattion: Paul Bagener. — Drud: Borwarts Buchdruderei und Berlagsanstalt Paul Singer & Co. — Samtlich in Berlin.